

Arbeiter-Zeitung

Donnerstag, 1. November 1928

10. Jahrgang Nummer 256

Preis: In Adressen mit Ausnahme der Sonntags- und Feiertags-Ausgaben 30 Pf., monatlich 2,80 Pf., Einzelnummer 15 Pf. Durch die Post bezogen monatlich 2,80 Pf., unter Streifenband 3,00 Pf. Anzeigenpreis: Die dreispaltige Millimeterzeile oder deren Raum 12 Pf., Vereins- und Werbeanzeigen 8 Pf., Werbeanzeigen: Die dreispaltige Millimeterzeile oder deren Raum im Text 70 Pf. — Schluss der Anzeigenannahme lt. des Haupt-Expedition 9 Uhr; in den Filial-Expeditionen am Tage vorher bis spätestens 18 Uhr.

für Schlesien und Oberschlesien
Organ der KPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Filial-Expeditionen: Breslau 10, Trebnitzer Straße 60, Telefon 550 89. **Postkasselerien:** Breslau 644, **Rebellen:** Breslau, Trebnitzer Straße 50, Telefon 239 02. **Expedition der Redaktion:** von 12—13 Uhr, Montag bis Freitag von 17—18 Uhr. — **Filial-Expeditionen:** Glatz, Wilhelmstraße 26, Telefon 4088; Grotzsch, Glatz, Telefon 2384. **Verlagsstellen:** von 8—18 Uhr, **Verlagsbüro:** am Hauptverlagsort Breslau. — **Verlag:** Schief, Verlagsgesellschaft m. b. H., Breslau. — **Druck:** „Neubau“ Berlin, Fil. Breslau, Trebnitzer Str. 50.

Brutale Strafrechts-Verschärfung

Lebenslängliche Einsperrung von Bettlern — Opfer der Gesellschaft als Versuchstaninchen — Sterilisierung von Verbrechern!

(Eig. Bericht.) Berlin, 31. Oktober.
Der Strafrechtsausschuss des Reichstags nahm zunächst die Bestimmungen über die Sicherungsverwahrung von sogenannten Gewohnheitsverbrechern an. Die Anträge der Kommunisten auf Streichung der Bestimmung wurden gegen ihre und die sozialdemokratischen Stimmen abgelehnt. Obwohl die Kommunisten darauf hinwiesen, daß selbst der Präsident des Strafvollzugsamtes in Berlin, Finkler, die Maßnahme der Einschließung von Gewohnheitsverbrechern als zur Bekämpfung des Verbrechens für vollkommen nutzlos bezeichnet hatte, obwohl nach den Maßnahmen zur Durchführung dieser Verwahrung schon heute feststeht, daß sie bestenfalls ein gemildertes Zuchthaus bedeutet, daß also in Zukunft jeder Einbrecher mit der Strafe eines Mörders, der lebenslange Einsperrung, bedacht werden kann, ist die bürgerliche Mehrheit des Ausschusses an der „Modernisierung“ des Strafrechts fest. Sie stimmte auch der Vorhersage zu, daß ein Bettler oder Landstreicher, der schon einmal im Arbeitshaus gefessen hat, für sein ganzes Leben lang im Arbeitshaus festgesetzt werden kann, wenn er sich zum zweiten Male beim Betteln oder Landstreichen erwischen läßt.

Der Ausschuss beriet dann weiter einen von mehreren bürgerlichen Parteien gestellten Antrag, nach dem Verbrecher aus der Verwahrung entlassen werden könnten, wenn sie sich sterilisieren, d. h. unfruchtbar machen lassen. Eine höchst fortschrittliche Maßnahme, so scheint es, die auf den letzten Erkenntnissen der Naturwissenschaft beruht; doch der reaktionäre Pferdefuß auch dieser Art der Verbrechensbekämpfung wird bald offenbar. Die Herren Antragsteller, darunter charakteristischerweise der katholische Herr Emminger von der Bayerischen Volkspartei, behaupten, daß Verbrecher durch die Sterilisierung verhindert würden, zum Verbrechen neigende Kinder

zu zeugen. Dieselben, die sich immer, um in der barbarischsten Weise Frauen zu töten, der Lehre von der Willensfreiheit des Verbrechers huldigen, verfallen auf einmal dem plattesten, beschränktesten Materialismus, der Auffassung vom „geborenen“, durch unausweichliche Naturgesetze von vornherein bestimmten Verbrecher. Wie sie das mit ihrer Theorie von der Strafe, die vergelten und bessern soll, vereinigen, bleibt ihr Geheimnis. Die Strafe wird sinnlos, wenn jemand auf Grund von Naturgesetzen, auf Grund von vererbten verbrecherischen Eigenschaften eine Straftat begeht. Doch die Antragsteller müssen in dieser beschränkten Materialismus verfallen, weil sie die sozialistische Lehre vom Grund des Verbrechens ablehnen — die Lehre, daß das Verbrechen nicht naturbedingt ist, sondern aus den sozialen Verhältnissen der Klassengesellschaft erwachse. Diese sozialistische Auffassung würde zu einer ganz anders gearteten Sozialpolitik führen, als sie heute beliebt wird und im Staat des rationalisierenden Trustkapitals überhaupt möglich ist. Deswegen täuscht man durch solche Anträge eine Verbrechensbekämpfung vor, die in Wahrheit keine ist. Denn durch die Sterilisierung des Verbrechers trifft man die sozialen Ursachen des Verbrechens keineswegs.

Zudem sind die naturwissenschaftlichen Probleme der Vererbung sogenannter verbrecherischer Neigungen keineswegs geklärt. Auch die Erfahrungen, die in den Vereinigten Staaten mit der Sterilisierung von Verbrechern gemacht worden sind, sprechen — wie ein Vertreter des Reichsgesundheitsamtes hervorhob — keineswegs für eine Abnahme des Verbrechertums. Endlich steht auch die Freiwilligkeit der Sterilisierung, wie sie nach dem Antrag gefordert wird, in Wirklichkeit auf dem Papier. Denn der Verbrecher, dem die Sterilisierung freiwillig zugemutet wird, steht in dem Fall ihrer

Ablehnung unter Umständen vor der Wahl, lebenslang eingesperrt zu bleiben.
Die Sozialdemokraten, durch den Mund des Abgeordneten Nojes, erklärten, für den Antrag stimmen zu wollen. Sie wollen auf diese Weise die Wissenschaft vor der Vererbung fördern. Die Kommunisten halten das Strafgesetzbuch für einen geeigneten Antriebsmittel zur Förderung der Wissenschaft. Sie lehnen es auch ab, den Verbrecher zu einem Objekt für die wissenschaftliche Forschung von der Vererbung zu machen. Sie werden, obwohl im Einzelfall die Sterilisierung nur aus als eine Teilmaßnahme gelten mag, gegen ihre Festlegung im Strafgesetzbuch stimmen, weil sie sie als eine Maßnahme zur Bekämpfung des Verbrechens für völlig ungeeignet halten.

SPD. verhindert Straffreiheit für Notdelikte

Kommunistischer Antrag mit SPD-Hilfe abgelehnt

(Eig. Bericht.) Berlin, 31. Oktober.
Der Rechtsausschuss des Preussischen Landtags beriet am Dienstag einen kommunistischen Antrag auf Gewährung von Straffreiheit auch bei unpolitischen Straftaten und Notdelikten. Unter Ablehnung des kommunistischen Antrags wurde ein Entschließungsantrag der Sozialdemokraten angenommen, der die Regierung ersucht, in Fällen, in denen aus sozialer Not gehandelt worden ist, „möglichst weitherzig“ zu amnestieren.

„Aufs Straßenpflaster mit den Kommunisten!“

Während des Hamburger Hafenarbeiterstreiks schrieb das sozialdemokratische „Hamburger Echo“:

„Es muß endlich auch eine Vereinigung des Hafens von allen dunklen Elementen eintreten, damit die organisierte Hafenarbeiterschaft vor diesem organisierten Terror geschützt ist und nicht alle zwei Jahre ähnliches erleiden muß.“

Das ist die unverhüllte Aufforderung an die Unternehmer, die Kommunisten aufs Straßenpflaster zu werfen. Die SPD-Führer sind schon so weit, daß sie Massenbewußte Arbeiter dem Verhungern überantworten wollen.

Gegen die sozialdemokratischen Führer, die Streikbrecherkolonnen organisieren und zur Maßregelung von Arbeitern auffordern, müssen alle ehrlich denkenden Massenbewußten Proletarier zusammenhalten.

Vom Tage

Gestern fand in den Räumen der Bundesleitung des KPD. in Berlin eine Hausdurchsuchung statt. Nummer 34 der „Roten Front“ wurde wegen des Artikels: „Erinnerungen an die Hamburger Barrikadenkämpfe“ beschlagnahmt.

Im Kyrtiger Landbündelprozeß wurde die Beweisaufnahme geschlossen. Die letzten Zeugenvernehmungen haben die Angeklagten sehr belastet.

Ueber Clarence Terhune, den blinden Passagier des „Graf Zeppelin“, zerbricht sich bereits jetzt die deutsche Polizei den Kopf. Seine Begrüßung auf deutschem Boden wird in einem — Strafbefehl wegen Passvergehens bestehen.

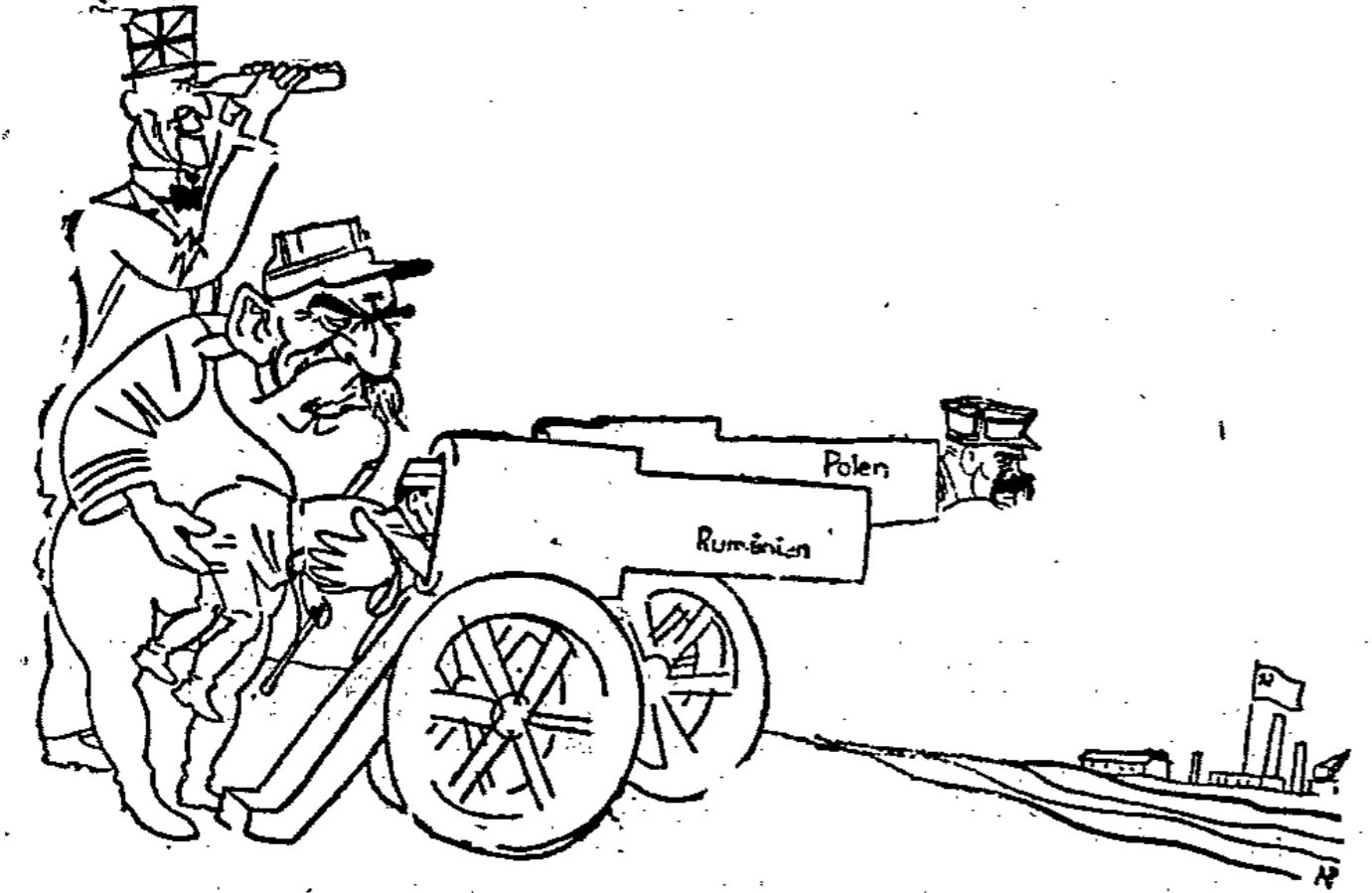
Infolge starker Regengüsse herrscht in Südtirol Hochwasser.

Auf Grund des „Gesetzes zum Schutze der Republik“ hat die tschechoslowakische Regierung die kommunistischen Zeitungen „Rudo-Pravo“ und „Rudy-Becernik“ auf die Dauer von vier Wochen verboten.

In Siborg (Finnland) wurde der Chefredakteur der kommunistischen Zeitung „Tyys“ verhaftet. — In Siborg, Helsinki und anderen Städten sind weitere gewaltsame Verhaftungen erfolgt.

Kommunistenverhaftungen im Zeichen der Kriegsrüstungen

Die Leitung der ukrainisch-kommunistischen Partei in Polen eingekerkert



Aus Lemberg gemeldet wird, haben die polnischen Sicherheitsorgane nach 48stündigen Hausdurchsuchungen und zahlreichen Verhaftungen die Leitung der ukrainischen kommunistischen Partei liquidiert und insgesamt 13 Personen verhaftet.

Der Vernichtungszug, den die verbrecherische Polizeiregierung gegen die kommunistische Partei der Westukraine führt, hat seine Ursachen in den Kriegsplänen Polens und Rumaniens, die auf die Lokalisierung der Sowjetukraine hingen. Sie sind die Antwort auf die unerschrockene Antikriegsarbeit unserer tapferen polnisch-

ukrainischen Genossen, die sich selbstverständlich durch keinerlei Terror daran hindern lassen, die kriegsabsichtigen Pilsudski-Polens weiter zu entthronen und das Proletariat zum Kampf gegen den imperialistischen Krieg und zur Verteidigung der Sowjetunion aufzurufen.

Die Behauptung der bürgerlichen Nachrichtenagenturen, daß die Verhafteten in Verbindung mit Regierungsstellen der Komintern, entstanden haben sollen, beruht auf den „Informationen“ der Pilsudski-Kreaturen und ist bestimmt zur Verleumdung der Kommunisten und der Sowjetunion. Auch diese Lüge von der „Einmischung“, die zum eisernen Bestand der Bolschewistenhege gehört, dient der ideologischen Vorbereitung des Krieges gegen den Arbeiter- und Bauernstaat.

Niederträchtige Verleumdungen gegen führende SPD.-Ruhrgebietsfunktionäre

Die neueste Attraktion der sozialdemokratischen Presse in Schlesien und Oberschlesien ist eine aus dem Organ des ultralinken „Genie-Bundes“ übernommene Subbel, wonach abermals der Genosse Florin angebliche Korruptionsfälle führender Genossen gedeckt haben soll. Neben dem Genossen Pössel wird versucht, dem Genossen Duddins korrupte Handlungen anzuhängen. Sie sollen Organisationsgelder für persönliche Zwecke verbraucht bzw. Beitragsgelder nicht abgerechnet haben. Auch gegen den Genossen Schubert werden unwahre Behauptungen aufgestellt.

Die Genossen Florin, Schubert und Duddins beauftragten nun, folgende Antwort an jene sozialdemokratischen Politiker und Redakteure, die wegen Mangel an politischen Argumenten in die Abortgruben antikommunistischer Journalistik hinabsinken, um politische Speise zu finden, zu erteilen: Bereits gegen drei namhafte Essener Zeitungen („Rheinisch-Westfälische Zeitung“, „Essener Anzeiger“ und „Vollmacht“) wurde eine einstweilige gerichtliche Verfügung durchgesetzt, die diesen schamlosen Verleumdungsblättern wenigstens für einige Tage das Maul stopfte und ihnen verbot, weiterhin die unerhörten und niederträchtigen Verleumdungen gegen den Genossen Florin zu kolportieren. Kaum ist dieser Gerichtsbescheid erfolgt, sehen seitens der SPD.-Presse neue Verleumdungen gegen die obengenannten Genossen ein; auch andere Genossen werden in niederträchtiger Weise verächtigt. Letztere werden sich zu der Angelegenheit ebenfalls äußern.

Wir erklären die Korruptionsbeschuldigungen gegen unsere Person als gemeine Schrafschneiderei, als gewissenlose und lägnerische Verleumdungen! Diejenigen, die diese Behauptungen aufstellen, sollen vor Gericht den Wahrheitsbeweis erbringen! Wir bezichtigen ferner alle SPD.-Blätter des Ruhrgebiets, die, ohne sich vorher über die Richtigkeit der ultralinken Behauptungen zu informieren, diese Beschuldigungen weiter kolportieren, der bewährten Verbreitung lägnerischer Behauptungen.

Ein toller Korruptionsfall in der Ludwigshafener SPD.

Vor kurzem ist in Ludwigshafen der Gewerkschaftssekretär des Deutschen Verkehrsverbundes, der Sozialdemokrat Erhard Riedel, unter Mitnahme von 22 000 Mark gestolzt.

Riedel war seit 1918 beim Deutschen Verkehrsband angestellt. 1923 erhielt er die Kassierung für die größeren pfälzischen Bahnhöfe. Die Oberaufsicht lag bei der Bezirksleitung in Mannheim. Riedel machte auffällig große Ausgaben für Wohnungseinrichtungen, für die die Gewerkschaftskasse herhalten mußte. Dem kontrollierenden Beamten täuschte er immer wieder vor, daß größere Marktenbestände in den Ortsgruppen noch nicht abgerechnet seien. Eine Kontrolle der Marktenbestände in den Ortsgruppen fand nicht statt, denn Riedel verstand es, sich durch eine wilde Kommunifiktionserei beliebt zu machen. Er machte immer größere Anschaffungen: zuerst ein Motorrad, später sogar ein Opel-Auto. Angeblich hatte er einen reichen Bruder in Reutlingen, der Weinhandler sei. Selbst der Opel-Wagen war für ihn noch zu gewöhnlich. So kaufte er sich jetzt den teuersten amerikanischen Wagen, ein Buick-Auto. Riedel machte Weinreisen und war sehr freigebig. Schließlich spielte sich ein mysteriöser Diebstahl ab. Die Stenotypistin der Mannheimer Geschäftsstelle wurde angeblich um 3000 Mk. bestohlen. Die Gewerkschaft übergab das Mädchen der Kriminalpolizei, und bei der Untersuchung des Diebstahls der Stenotypistin kamen auch die Unterschlagungen Riedels ans Tageslicht. Inzwischen war Riedel bereits in seinem Buick-Wagen unter Zurücklassung seiner Familie auf dem Wege über die deutsche Grenze.

Der Fall Riedel ist nicht der einzige in Ludwigshafen. Vor wenigen Tagen mußte der sozialdemokratische Stadtrat Günzel, Magazinvorwarter im städtischen Krankenhaus Ludwigshafen, wegen Ausnutzung seiner Stellung zu unlauteren Zwecken vom Amt suspendiert werden. Er soll sich Angestellte gefügig gemacht haben, was nicht ohne Folgen blieb. Vielleicht sind auch in diesem Falle Unterschlagungen der Grund zur Amtsenthebung.

Ja, es stinkt gewaltig in der SPD!

Vom Zeppelin-Flug

Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ hat bisher ungefähr über die Hälfte der Gesamtstrecke Lachurth-Friedrichshafen zurückgelegt. Um den Stürmen zu entgehen, hat es einen Zigzag-Kurs eingeschlagen. Entgegen anderen Meldungen scheint jetzt zu stehen, daß das Luftschiff jetzt direkten Kurs auf Irland hat, also nördlicher fliegt als auf der Hinfahrt. Es wird für heute abend in Friedrichshafen erwartet, wo die üblichen Empfangsvorbereitungen getroffen werden, um in schwülstigen Reden die Propagandafahrt des deutschen Nationalismus gebührend zu feiern.

Die neueste Meldung

M. London, 31. Oktober. Die Radioaktion Fortieshead in England erhielt vom holländischen Dampfer „Westerdyk“ eine Meldung, daß „Graf Zeppelin“ 10 Minuten nach Mitternacht (1.10 Uhr mitteleropäischer Zeit) ihn überflogen habe und in südlicher Richtung weitergefliegen sei.

Staatssekretär Raufing gestorben

M. Neuwied, 31. Oktober. Der frühere Staatssekretär Robert Raufing ist am Dienstag im Alter von 64 Jahren an einem Herzschlag gestorben.

Raufing war vom Juni 1915 bis zum Februar 1920 Staatssekretär des Auswärtigen und als solcher einer der engsten Mitarbeiter des Präsidenten Wilson während des Krieges und während der Friedensverhandlungen. In Begleitung Wilsons nahm er 1919 an den Friedensverhandlungen in Versailles teil. Als im Herbst 1919 seine Unterhaltung mit einem amerikanischen Journalisten bekannt wurde, in der er sich gegen die Friedensbedingungen ausgesprochen hatte, war seine Stellung erschüttert. Nach seinem Rücktritt hat er seine Auffassung in dem Buche „Die Versailles Friedensverhandlungen“ niedergelegt.

Ungeheure Urteile in Rumänien

Das Militärgericht zu Klausenburg fällt nach sechswochiger Verhandlung das Urteil gegen die 114 angeklagten Gewerkschaftsführer und Intellektuellen. Der Präsident der einheitlichen Gewerkschaften, Müller aus Tesesvar, wurde zu zehn Jahren Zwangs-

Arbeiter der Nordwest-Gruppe gegen den Schiedspruch

Die Nachverhandlungen noch nicht beendet

M. Berlin, 30. Oktober. Die Nachverhandlungen im Reichsarbeitsministerium über die Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruches für die nordwestdeutsche Eisenindustrie begannen am Dienstagmittag gegen 15.30 Uhr unter dem Vorsitz von Ministerialrat Dr. Wempe. Nach kurzer Zeit wurde eine kleine Kommission gebildet, die die Verhandlungen weiterführt. Die Beratungen dauerten in jeder Abendstunde und dürften erst am Mittwoch zu Ende gehen.

Essen, 31. Oktober. (Eig. Draht.) Die am Sonnabend und Sonntag vom DWA einberufenen Versammlungen und Funktionärenkonferenzen in Dortmund, Hamm, Oberhausen, Hamm, Duisburg usw. lehnten einstimmig den in Düsseldorf gefällten Schiedspruch ab. Die Gewerkschaftsbürokratie hat unter dem Eindruck, den der Schiedspruch unter der Arbeiterschaft hervorgerufen hat, es nirgends gewagt, für die Annahme des Schiedspruches zu plädieren. Da in Essen, Dortmund und Bochum die freien Gewerkschaften den Spruch bereits abgelehnt haben, steht der ganze Bezirk einmütig gegen den Schiedspruch. Trotzdem beschloß die am Sonntag tagende Lohnkommission des DWA (eine zusammengefasste Körperschaft des ganzen Bezirkes) mit 48 gegen 17 Stimmen die Annahme des Schiedspruches. Der Vertreter der Opposition hatte eine Resolution für die Ausnahme des Kampfes eingebracht, die noch nicht einmal zur Abstimmung zugelassen wurde.

Düsseldorf, 31. Oktober. (Eig. Draht.) Der Arbeitgeberverband für den Bezirk der nordwestlichen Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller hat den von dem Schlichter, Oberlandesgerichtsrat Dr. Joetten, gefällten Schiedspruch abgelehnt.

Den Stahl- und Eisenindustriellen genügt der gefällte Schiedspruch offenbar nicht; die reformistischen DWA-Führer, die gegen den Willen der Mitgliedschaft die Annahme des Schiedspruches

beschlossen haben, handeln im Interesse der Unternehmer noch nicht realistisch genug, und die Eisenindustriellen wollen die Gewerkschaftsführer noch zu größerem Nachgeben zwingen. In den Nachverhandlungen wollen sie noch eine Verschlechterung des gefällten Schiedspruches erreichen. Zu diesem Zweck verbreiten die Eisenindustriellen in ihrer gemeinsamen Presse Mitteilungen, nach denen sich der Arbeitgeberverband der nordwestlichen Gruppe unter keinen Umständen einer eventuellen Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruches fügen will. Sollte dies dennoch geschehen, so wollen die Eisenindustriellen ab 1. November im ganzen Bereich der nordwestlichen Gruppe die Aussperrung durchführen.

Der Druck, der durch berattigte Erklärungen auf die Nachverhandlungen zur Verschlechterung des Schiedspruches ausgeübt werden soll, ist klar. Dazu wollen die Unternehmer in der Öffentlichkeit den Eindruck erwecken, als wenn die Zustimmung der reformistischen Gewerkschaftsführer zum Schiedspruch wirklich eine Tat zugunsten der Arbeiterschaft sei, und nicht umgekehrt.

Die Unternehmer werden sich im Ernstfalle den Teufel um die Verbindlichkeitsklärung kümmern, da jeder Arbeiter schon hunderte Male erfahren mußte, daß die Schlichtungsauflage und die Verbindlichkeitsklärung nur in jedem Falle einseitig gegen die Arbeiterschaft entscheidet und stets und ständig zugunsten der Unternehmer. Die Metallarbeiter in der nordwestlichen Gruppe aber dürfen es nicht bei ihrer ablehnenden Haltung gegen den Schiedspruch — die drastisch auf allen Versammlungen und Funktionen Konferenzen der Metallarbeiter am vorigen Sonnabend und Sonntag zum Ausbruch kam — bewenden lassen. Überzeugt davon, daß die reformistischen Gewerkschaftsführer in den Nachverhandlungen auch vor einer weiteren Verschlechterung des Schiedspruches kucken werden, müssen sie sich für die Kampfaufnahme der Verbindlichkeitsklärung entscheiden.

Alle Kamellen aus zentrümlichem Musterkoffer

Vor dem Zentrumsparteitag — Die üblichen leeren Verträge

Essen, 30. Oktober. Für das Zentrum steht wieder einmal ein Reichsparteitag bevor. Jedesmal, wenn es in der Mitgliedschaft des Zentrums kriecht (Banzerkreuzer und Nordwestkampf) gehen die politischen Reisenden der zentrümlichen Abteilung der Schwerindustrie, die Herren „Arbeiterführer“ und Abgeordneten durch das Land und bieten aus der sattem bekannten Musterkofferkollektion ihre politischen Artikel an. So sammelten sich in Düsseldorf die katholischen Arbeitervereinsvertreter und hörten mit zum Teil sehr hüßigen und höhnischen Zwischenrufen die Tiraden des Prälaten Dr. Müller, M. Wabach, an, die dieser zur „sozialen Reform“ zum Besten gab. Danach werden wieder die alten Kamellen als Trostpreise den ausgegammelten und hungrigen christlichen Proleten vorgelegt. Und mit den Tiraden von der „Reform des bestehenden Wahlsystems“, vom „Aufbau des Siedlungswezens und der staatlichen Familienunterstützung“, mit der Vertretung auf „Wohn- und Heimstätten“ sowie auf ein „Streitvereineinheitsgesetz“ oder aber von „Entwürfen zur Unterstützung von Arbeiterfamilien und Kinderreichen“ und sonstigen billigen Verträgen sollen die christlichen Klammerngenossen be-

soffeneredet werden. In den täglichen Abstimmungen im Reichs- und im Landtag, im ewigen Ablehnen der sozialen Anträge der SPD, im unentwegten Zustimmung zu allen Steuer-, Zoll- und sonstigen Belastungen für die werktätige Bevölkerung, haben die christlichen „Arbeiterführer“ zur Genüge ihren Erblichmutz gegenüber der Schwerindustrie bewiesen.

Aber es steht halt der Parteitag vor der Tür. Da muß man sich wieder ein bißel populär machen. Von dieser und keiner anderen Warte aus müssen die immer von nichtsagendem Wech ausgefüllten Versammlungsarrangements zentrümlicher „Volksführer“ betrachtet werden.

Mögen gerade der Nordwestkampf und die demütige Kapitulation christlicher Gewerkschaftslogen vor den Wünschen der Eisenlöhne den christlichen Arbeitssollegen aus neu bemalten, wie eitel Phrasen all die schönen Worte sind, die ihnen ihre Führer vorlegen. Nur der einheitliche Klassenkampf in den Betrieben, gemeinsam mit den kommunistischen Klassenossen, wird die christlichen Arbeiter aus dem Joch der Knechtschaft erlösen!

arbeit, drei weitere Gewerkschaftssekretäre zu je sechs Jahren und ein großer Teil anderer Funktionäre und Intellektueller zu Gefängnisstrafen von ein bis zwei Jahren verurteilt. Ein Teil der Angeklagten, darunter die Leitung der rumänischen Arbeiterhilfe und der Schriftsteller Arabi, in dessen Interesse Fritz Hofmann und viele ausländische Passanten beim Gerichtshof interpelliert hatten, wurden freigesprochen. — Müller wurde nur deswegen zu zehn Jahren Zwangsarbeit verurteilt, weil er das Ansehen der Beeresichtigung, eine Sammelaktion zugunsten der rumänischen Kriegsinvaliden unter den Gewerkschaftsmittgliedern durchzuführen, nicht abgelehnt hat.

Kufenerregender Attentatdiebstahl

Bei der Staatsanwaltschaft in Berlin-Neukölln sind, wie erst vor einigen Tagen bekannt geworden ist, die Akten eines politisch bedeutsamen Strafverfahrens, dem eine Anzeige des Berliner Polizeipräsidenten zugrunde lag, spurlos verschwunden. Es handelt sich um Material in dem bekannten Magdeburger Nordprozess Schröder. Der Landgerichtsdirektor Hoffmann hatte behauptet, ein Brief des Norders Schröder sei von Berliner Kriminalpolizisten gefälscht worden. Damit wäre das Verhalten der Magdeburger Richter Kölling und Hoffmann gerechtfertigt worden. Die Berliner Polizei konnte aber eine Photographie des Briefes beibringen. Jetzt sind die Akten, einschließlich der wichtigen Photographien, spurlos verschwunden.

Aus der Partei

Rückkehr Brandlers nach Deutschland?

Die die Spätergabe des „Vorwärts“, der „Abend“ vom 29. Oktober, zu berichten weiß, ist das frühere Mitglied der SPD, Heinrich Brandler, nach Deutschland zurückgekehrt.

Brandler hatte vor einigen Tagen, als die Rechten um Thalheimer bereits ihren Kampf gegen die Partei und die Komintern begonnen hatten, beim ZK der KPSD, deren Mitglied Brandler seit 1924 ist, den Antrag, nach Deutschland beurlaubt zu werden. Das ZK der KPSD lehnte auf Grund des gegenwärtigen Kampfes der Anhänger Brandlers gegen die SPD und der Komintern diesen Antrag ab. Da Brandler bei Stellung seines Antrages zu verstehen gab, daß er bei Nichtannahme seines Antrages auch ohne Zustimmung des ZK der KPSD, unter Jubiläumnahme der Deutschen Volkspartei in Moskau reisen würde, wurde auf die Konsequenzen eines solchen Schrittes verwiesen, die nur Rückschlag aus der kommunistischen Partei sein kann. Wenn die Nachricht des „Abends“ zutrifft, hat sich Brandler außerhalb der Reihen der kommunistischen Bewegung gestellt.

Einsturz einer Eisengrube

Drei Tote, ein Schwerverletzter

M. Paris, 30. Oktober. In den Eisengruben von Rabane (bei Montpellier) ereignete sich ein Erdbeben, wobei mehrere Arbeiter getötet wurden. Nach mehrstündiger Arbeit gelang es, drei Leichen und einen Schwerverletzten zu bergen.

Es gärt noch in Marseille

Bei der Wiederaufnahme der Arbeit im Hafen von Marseille kam es zu neuen Zwischenfällen, als eine Reihe von Schiffsahrtsgesellschaften sich weigerten, die gesamten früheren Schiffsbesatzungen wieder einzustellen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß der Streik wieder aufflammt.

Abstimmung der Hamburger Seelente

Hamburg, 31. Oktober. Nach einer Meldung aus Hamburg hat die Abstimmung der Hamburger Seelente über die Annahme des Lohnschiedspruches wohl eine große Mehrheit dagegen, aber nicht die für den Streik notwendige Zweidrittelmehrheit erreicht.

Vor einem Kampf der Lothringer Erzbergarbeiter

Strasbourg, 31. Oktober. Die Bergarbeiter in dem Erzbecken von Lothringen und Brley stehen vor einem schweren Kampfe. Fast ein Jahr lang werden bereits Lohnverhandlungen gepflogen, die aber ständig von den Unternehmern in bewußter Weise hinausgezögert wurden, um Lohnhöhungen zu vermeiden. Nunmehr haben die Gewerkschaften beschlossen, nach einem letzten Einigungsversuch zu unternehmen, um bei seinem Scheitern den Streik der Bergarbeiter auszurufen.

Streik der Kartoffelkäufer in Berlin

Berlin, 31. Oktober. Die Arbeiter, Kutscher und Chauffeure in Berliner Kartoffel-Großhandel legten am Sonnabend geschlossen die Arbeit nieder, da die Unternehmer sich seit längerer Zeit weigerten, mit dem Deutschen Verkehrsband in Verhandlungen über den Abschluß eines Lohn- und Manteltarifses zu treten. Seit fünf Jahren besteht kein solcher Tarif. Die Arbeiter aber verlangen jetzt unbedingt das Zustandekommen desselben. Der gesamte Kartoffel-Großhandel in Berlin ist durch den Streik lahmgelegt und die Güterbahnhöfe sind infolge der ungenügenden Abfuhr bereits verstopft. Die Unternehmer haben sich bereits an den sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Bärgebel wegen Einsetzung der technischen Nothilfe gewandt. Dieser hat die Unternehmer zunächst auf den Verhandlungsweg mit den Gewerkschaften verwiesen.

Aus technischen Gründen mußte die Fortsetzung unseres Romans heute fortbleiben.

Beizunehmen: Für den nächsten Teil: Marie Dombrowski, die „Wetrich und Bessie“ und „Baburug“ Wilhelm Schmidt für „Wetrich“ und die übrigen Bellagen Alfred Thoma, Schmidt in Berlin — für den nächsten Teil: Theodor Keller, Gleditz — für Interesse in Gleditz-Gleditz.

Oberschlesien

Eine Nacht im Stahlwert

Versucht! War das eine Nacht. Vor vier Tagen begann die Schinderei. Ein Martinofen war zusammengefallen, und wir, die Martinmaurer und Handlanger, mußten den glühenden Ofen reparieren. Ein Ofen war schon in Reparatur und die Walzwerke schrien nach Blöden, und vorgestern abend ging der dritte Ofen kaputt. Die Flamme hatte ein Loch ins Gewölbe getroffen. Ein Träger über dem Ofen hing schon an zu schmoren. Vorarbeiter, Meister und Obermeister ließen aufgeregt hin und her, und auch die Schmelzer liefen, als gehörte ihnen der Ofen. Der Obermeister sprang aus Telephon und in einer halben Stunde waren Chef und Ingenieur zur Stelle. Es war schon abends 9 Uhr. Vielleicht kamen sie schon aus irgendeiner Weinblase, aber hier war der Probst in Gefahr, 110 Tonnen Stahl waren im Ofen. Sie besahen sich das Loch, aus dem meterhoch die Flamme schlug und dann ein Befehl: Die Charge muß fertig.

Der erste Schmelzer sprang an den Hebel, um Vollgas zu geben, denn die Charge war erst kurze Zeit im Ofen. Die Flamme, die aus dem Loch schlug, malte den Himmel blutrot und der Träger schmorte, aber 110 Tonnen Stahl waren im Ofen. In den Walzwerken trübsüchtig die letzten Blöde durch die Walzen, die Telephons anrufen, schickte Blöde. Aber die Charge wollte nicht gar werden. Und von dem Träger schmorte Stück um Stück, aber was soll das, 110 Tonnen

wie Stahl. Der Schweiß rann von der Stirn, Hände und Füße schwoilen an von der Hitze, denn vor 16 Stunden waren noch über 8000 Grad Hitze im Ofen. Dann war die Mittagspause.

Das Brot wollte nicht mehr durch die trockene Kehl, nur den Kaffee goß man hineln, um den Brand zu löschen. Schnell warf man sich auf die harte Bank, um die Glieder von sich zu strecken, die wie zerhackt waren. Und im Traum sah ich ein feuriges Loch, riesige Hämmer und dampfende Menschenleiber. Schnell verging die ein- und eineinhalb Stunde, und wieder ging es in Staub und Hitze. Noch vier- und eineinhalb Stunden. Aber auch die vergingen. Das eintönige tad, tad, tad, das zuletzt immer schwächer wurde, klang noch in den Ohren. Müde, zerhackt, wie getäubert, torletzte man zum Waschkraum. Das Herz klopfte, als wollte es aus der Brust, das Blut siedete, und die trockenen Augen stierten ins Leere. Unter der kalten Brause kühlte man etwas ab. Der Weg nach Hause wurde lang, denn die Füße veragten fast den Dienst. Schnell lag man im Bett. Wie das kühlte. Und wieder träumte ich von einem feurigen Loch, von riesigen Hämmern und glühenden Menschenleibern, aber der Himmel über dem Martinwert begann sich rot zu malen.

Und mit dem Staub und Dreck, der sich in meine Haut festbrannte, ist auch ein in mir festgebrannt, ein unauslöschlicher Haß gegen jene, die uns zwingen, zehn Stunden solche Arbeit zu machen.

Kommunalkonferenz Groß-Strehlitz

Am Donnerstag, dem 1. November, 9,30 Uhr vormittags, findet im Lokal Rosenberg in Groß-Strehlitz eine

kommunalpolitische Konferenz statt, an der außer den Kommunalvertretern auch alle anderen Parteifunktionäre teilnehmen müssen. Bezirksleitung der KPD. Kompol-Abteilung.

Gleiwitz

Gleiwitz hat 105 520 Einwohner. Der städtische Pressechef Gleiwitz teilt uns mit: Ein Blick in die Einwohnerstatistik von Gleiwitz zeigt ein interessantes Ziffernspiel. In den letzten Jahren war eine Entwicklung zu beobachten, die eine rapide Aufwärtsbewegung in der Einwohnerzahl unserer Stadt zeigte. Das normale Anwachsen ist erst in den letzten Monaten festzustellen und die Zahlen schwanken in jedem Monat um etwa 100. Im abgelaufenen Monat September war ein weiteres Anwachsen festzustellen; es betrug der Zuwachs 78 Personen, so daß Gleiwitz am 1. Oktober 1928 insgesamt 105 520 Einwohner zählte. Das Verhältnis der Zu- und Abgänge im Monat September 1928 zeigt folgendes Bild: Zugewonnen sind 40 Familien mit 311 Köpfen, 892 ledige männliche und 350 ledige weibliche Personen, drei Witwer und 15 Witwen. Verzogen sind 34 Familien mit 308 Köpfen, 428 ledige männliche und 361 ledige weibliche Personen, 13 Witwer und 11 Witwen. Im Monat September 1928 fanden 650 Umzüge statt, und zwar sind 124 Familien, 266 ledige männliche und 260 ledige weibliche Personen umgezogen. Zur standesamtlichen Beurkundung kamen im

Arbeiterkorrespondenten

wenn ihr wollt, daß die „Arbeiter-Zeitung“ von euren Arbeitskollegen mit Interesse gelesen wird, so schreibt

Berichte aus dem Betrieb und Ort. Vergesst nicht, stets die volle Adresse des Absenders anzugeben.

Monat September 1928 186 Geburten, und zwar: 80 männlichen und 86 weiblichen Geschlecht, sowie 71 Sterbefälle, und zwar: 83 männlichen und 88 weiblichen Geschlecht.

Beuthen

Auf dem Bahnhof überfahren. Auf dem Bahnhof wurde der Oberwerksführer Josef Schindler von einer Rangierlokomotive überfahren und getötet.

Oppeln

Aus dem MAS. Am Sonnabend fand eine nicht gerade gutbesuchte Versammlung des MAS. statt. Kassenbericht, Wahl eines Delegierten zur Bezirkskonferenz und Eingänge wurden behandelt. Bei der Wahl der Delegierten erlitten die Reformisten, trotzdem Genosse Stradt schon ausgeschlossen ist, einen Reifall. Vorgeschlagen wurden von der SPD. K. L. M. a. S. und P. a. n. l. s. j. und von der Opposition K. o. j. u. b. Der Kollege der Opposition erhielt 18 Stimmen und die beiden Reformisten nur 8 und 7 Stimmen.

Maggia. Vergangene Woche veranstaltete die Polizei wieder einmal am Getreidemarkt eine Maggia. Die Polizei wollte da irgendwelches Diebesgut herausknäueln. Sie hat nichts gefunden. Daß die Polizei immer so auf den Getreidemarkt verfällt. Denkt sie vielleicht, weil dort solche schlechten Wohnungen sind, mühten auch solche schlechte Menschen dort sein?

Nur

wenn die Reichskontrollmarke in dein Buch geklebt ist, wird dir das neue Mitgliedsbuch für 1929 ausgehändigt. Du erhältst die Marke für 10 Pf. in der zur Kontrolle angelegten Mitglieder-versammlung.

Firma Bäumer und Zoesch. Auf der Baustelle Schrebergärten herrschen bei obiger Firma mißliche Zustände. Keine Frühkuchstube, ja selbst nicht einmal ein Abort ist vorhanden. Sehen aber die Arbeiter ein bisschen aus dem Gesichtskreis austreten, so wird das mit der Uhr kontrolliert. Für über 20 Arbeiter sind drei Aufseher. Jeder will dreinreden und ta kann man sich ja denken, daß die Profeten nur immer schufeln müssen und nichts zu lachen haben.

Schulkinderpeisung. Der Magistrat schreibt: Es hat sich auch in diesem Jahre wiederum die Notwendigkeit ergeben, die Schulkinderpeisung nach den Herbstferien zu eröffnen, um einer größeren Anzahl bedürftiger hiesiger Schulkinder die Möglichkeit zu geben, während der Wintermonate täglich eine warme Mahlzeit einzunehmen. Die Speisung erfolgte erstmalig am Montag, dem 22. Oktober 1928. Es gelangen täglich 400 Portionen zur Verteilung. Die Speisung erfolgt wie im Vorjahre in dem eigens hierzu eingerichteten Speisesaal am Stadtheim, Getreidemarkt, täglich von 10—14 Uhr. Das Essen besteht aus sehr nahrhaften und reichlichen Fleischspeisen, Gemüse, Hülsenfrüchten mit Fleisch, Reispeisen und Kalao.

Versammlungskalender

Parteiveranstaltungen
Oppeln. Feste Stadt. Mittwoch, den 31. Oktober, um 19,30 Uhr Versammlung im bekannten Zimmer.
Beuthen. Donnerstag 19 Uhr bei Neumann Versammlung der Straßenzelle. Erscheinen jedes Mitgliedes ist Pflicht.
Sonsige Organisationen
Gleiwitz. Freidenker. Sonnabend 20 Uhr im Vereinslokal, Bahnhofstraße 34, äußerst wichtige Vorstandssitzung, zu welcher hiermit die Vorstandsmitglieder eingeladen werden. — Sonntag 12 Uhr freigeistiger Vortrag im Rundfunk.

Genosse!

Sorge dafür, daß du bis zur Reichskontrolle mit deinem Mitgliedsbuch in Ordnung bist. Zahle sofort alle rückständigen Beiträge nach!

Stahl waren im Ofen, das heißt Probst. Dann wurde die erste Probe genommen, noch nicht fertig, dann die zweite, immer noch nicht. Endlich die dritte, die Charge war fertig. Der Träger über dem Ofen war durchgeschmort. Die Signalglocke am Ofen wurde in Bewegung gesetzt, sie läutete, als ob der Himmel einstürzen wollte. Der riesige Gießkran in der Halle setzte sich rasend in Bewegung, packte mit seinen großen eisernen Armen eine Gießpfanne und fuhr damit vor die Abflußrinne am Ofen. Noch drei ohrenzerreißende Signale. Der Obermeister reißt eine Kurbel herum. Die Motoren begannen zu arbeiten, und langsam neigt sich der Ofen zur Seite und 110 Tonnen Stahl ergießen sich brodelnd und sprühend in die Gießpfanne. Die fünf Türen des Ofens wurden hochgezogen, damit der Ofen abkühle, dann war Feierabend.

Aber schnell verging die kurze Freizeit. Punkt 6 Uhr begann von neuem die Schinderei. Der Meister teilte die Leute ein, alle Mann an den besetzten Ofen. Und wir klapperten mit unseren Holzschuhen, die wir uns in weißer Vorabsicht statt der Leberschuhe angezogen hatten, zum Ofen. Wir nahmen unser Werkzeug, lange Stahlspeihen und schwere Vorhämmer, kletterten auf das Gewölbe. Die Speihen wurden in die Fugen gestemmt, gebogen und gerissen, und Stück um Stück, Quadratmeter um Quadratmeter des Gewölbes kolkerten in den Ofen, und jedesmal schlug uns eine Staub- und Dichtwolke ins Gesicht. Eine Stunde Arbeit und 80 Quadratmeter Gewölbe lagen im Ofen.

Eine unglaubliche Hitze war im Ofen. Die Bretter, die wir uns unter die Füße gelegt hatten, fingen an zu brennen. Um 8 Uhr war eine halbe Stunde Pause. Das Brot wollte nicht schmecken, nur der Kaffee wurde in großen Zügen getrunken. Und dann von neuem an die Arbeit. Die Vorderwand des Ofens mußte noch fallen diese Nacht, so hatte es der Obermeister bestellt. Die Alten nahmen die Speihen, wir Jungen die Vorhämmer. Und tad, tad, tad hallte es durch den Ofen. Die Funken sprühten, denn die Steine waren so festgebrannt,

Vereinigte Theater

Lobe-Theater

Von Sonnab., den 27. 10. bis Donnerstag, den 1. 11. täglich 20 Uhr

Die Tage der Geschwister Turbin
Freitag, den 2. 11., 20 Uhr
Gastspiel Max Pallenberg mit eigenem Ensemble

Das große ABC.
Sonnab., 3. 11., 20 Uhr
Zum 1. Male Kater Lampe

Thalia-Theater

Von Sonnabend, d. 27. 10. bis Freitag, den 2. 11. täglich 20 Uhr

aufser Donnerstag
Oelrausch
von Jack Parrie
Donnerstag u. Sonnabend 20 Uhr

Gastspiel Max Pallenberg mit eigenem Ensemble
Der brave Soldat Schweiß

Stadt-Theater Breslau

(Opernhaus)

Dienstag, 20 Uhr
Abonnements-Vorstellung Serie A 5
Der Wasserschmid

Mittwoch, 19,30 Uhr
Abonnements-Vorstellung Serie B 5
Margarete (Faust)

Donnerstag, 20 Uhr
Abonnements-Vorstellung Serie E 5
Das Rheingold

Freitag, 19,30 Uhr
Abonnements-Vorstellung Serie C 5
Sarmen

Sonnabend, 20 Uhr
Gastspiel Else Kochmann (Metropoltheater Berlin)
Die Fledermaus

Sonntag, 15 Uhr
Nachmittags-Vorstellung zu ermäßigten Preisen
Die Zauberflöte

Sonntag 20 Uhr
Der Barbier von Sevilla

Schauspielhaus

Operettenbühne
Breslau
Telephon Nr. 34300

Täglich 20 Uhr

Die Herzogin von Chicago

Musik von
Emmerich Kalman

Inscrat

haben in
unserer Zeitung

guten
Erfolg

Wandleihhaus Grundmann

Breslau, Trebnitzer Str. 21
Verleihung v. Anzügen, Wäsche und Schmucksachen

Die warme Winterjoppe



finden Sie bei uns in besten Qualitäten und in größter Auswahl in den Preislagen

17⁵⁰ 22⁵⁰ 26⁵⁰

Beachten Sie unsere Schaufenster!

L. Prager * Breslau 1
Albrechtstraße 51, Ecke Schußbrücke

Arbeiter, Angestellte und Beamte

sollen sich nach den Beschlüssen des Gewerkschafts-Kongresses, der Genossenschaftstage, des Allgem. freien Angestelltenbundes u. des Allgem. Deutschen Beamtenbundes nur versichern bei dem eigenen Unternehmen, der

„Volkfürsorge“

Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungsaktiengesellschaft

Auskunft erteilen bzw. Material versenden kostenlos die Rechnungsstellen in Breslau, Margaretenstr. 174, Dierich, Bismarckstr. 4 (Volkshaus) Waldenburg, Sandstr. 1 Gleiwitz, Postamtstraße 11, Herr Johann Wösch, Oppeln, Zimmerstraße 8, oder der Vorstand der Volkfürsorge in Hamburg 5, An der Alster 58/59



Genossen beachtet unsere Interessen!

Möblierte und unmöblierte Zimmer

für alleinkehende Ehepaare ohne und mit Kindern sowie Schlafstellen zur kostenlosen Vermittlung gesucht.

Angebote mit Preisangabe an Fürsorge für Wohnungsbeschaffung
Magazinstraße 1-3.

Erstklass. Fahrräder

Schell-Naumann
Schreib- und Nähmaschinen
Maschineninstrumente
Grammophonplatten
Sämtl. Ersatzteile
vorrätig
V. Deutsch,
Breslau 05,
Arkadener Straße 9



Wochenplan des

Schweidnitzer Stadttheaters

(Dir. B. Richter)
Dienstag, 30. Okt.
abends 7,8 Uhr
Hokuspokus

Donnerstag, 1. Nov.
abends 7,8 Uhr
Schwarzwaldmädel

Operette von Jessel
Freitag, 2. Nov.
abends 7,8 Uhr
Die goldne Wellerin

Operette von Eyllen
Sonntag, 4. Nov.
nachm. 1/4 Uhr
Schwarzwaldmädel

abends 7,8 Uhr
Die goldne Wellerin

Einem geehrten Publikum von Stadt und Land zur gefl. Nachricht, daß ich mit dem

1. November 1928

ein neuingerichtetes

Damen- und Herren-Friseur-Geschäft

eröffnet habe.
Es wird stets mein Bestreben sein, meine Kundschaft zur Zufriedenheit zu bedienen, und bitte daher um gütige Unterstützung meines Unternehmens.

Eise Wagenknecht
Striegau, Jauer Str. 23.

Oberschlesien

Railbor

Franz Kötter, Troppauer Straße 21 Kurz-, Weiß-, Wollwaren 85244

Reserviert 85300

Klaus Machowatz, Neue Str. 21/22 Schokoladen / Konfitüren / Backwaren 85240

Vinzent Slara :: Oderstraße 1 Möbelhaus - Kinderwagen 85302

Josef Hartmann, Lange Str. 30 Lebensmittel / Spezialität: Vogelfutter 85301

Lederwaren Leder-Ausschnitte wie immer am billigsten bei Walter Schöner, Lange Straße 6 85297

EMIL BECK Delikatessen und Kolonialwaren unmittelbar am Bahnhof 85299

Kaufhaus Louis Bartenstein Ring 6a und 7 Seit 70 Jahren führend am Plage 85294

Hugo Markus, Domstraße 9 Kurz-, Weiß-, Wollwaren, Kristallglas Strümpfe, Damenputz und Wäsche 85292

Heinrich Harbolla Das größte Spezialgeschäft für Damen- u. Mädchenbekleidung 85295

Kaufhaus D. Silbermann, Ring Manufaktur und Modewaren Kurz-, Weiss- Wollwaren u. Herrenartikel 85296

Kainer & Zernik Das führende Haus für Damenkonfektion und Modewaren Ring, Ecke Oderstraße 85291

Schuhwaren Größte Auswahl - Niedrigste Preise Schuh- u. Lederwaren 3. Weißkopf, Neue Straße 16 85300

Wilhelm Sajak, Troppauer Str. 9 Verkehrslokal der Arbeiterschaft 85243

Werner Makowski Herrenhüte - Mützen 85298

MAX JACOBOWITZ Likörfabrik Zu Gelegenheiten Vorzugspreise 85242

FRANZ STARZINSKY Hofajer Straße 7 Lebensmittelgeschäft 85287

Robert Sonnek, Neue Straße 5 Herren - Bekleidung 85286

Lebensmittelgeschäft Paul Behowski Troppauer Straße 88- 85245

Schuhhaus Paul Ksohl Lange Straße 11 Eigene Reparaturwerkstatt 85298

JOSEPH HARTMANN Oberstraße 11 Fahrräder, Nähmaschinen, Reparaturen 85298

Neustadt

Trinkt Giesmannsdorfer Bier 85282

Kaufhaus S. Cohn Haus- u. Küchengeräte, Glas, Porzellan Sport- und R' derwagen 85283

E. FISCHER Färberei und chemische Waschanstalt Obervorstadt 19 85280

Reinhold Kroker, Obervorstadt 11 Bäckerei 85282

Raphael Bogon, Ring 37 Manufakturwaren, Wäsche und Herrenartikel 85283

Wilhelm Herrmann Konditorei und Café, Schokoladengeschäft 85281

Wäsche - Herren- und Damengarderobe PAUL MARKER - Baderstraße 7 Zeitungsabteilung gebietet 85281

Kreuzburg Herren- und Damenstiefel, S. Chlopi, Bismarckstraße 85282

J. EDELMANN Eisenhandlung - Baumaterialien 85280

Ausschank „Hotel zur Post“ Doppelner Straße 1, Hinterhaus 85281

Ziegenhals Paul Hofmeister - Hofstraße 48 Kolonialwaren 85284

H. Fleisch- und Wurstwaren empfiehlt Hermann Urbanitzky, Promenadenstr. 4 85291

„Volks-Galstätt“ G. Junig & Sohn Ring 17 - Telefon 62 Filiale Neustadt, Ring 24 85290

St. Hedwig - Drogerie - Warenhandlung Verkauf von reinem Spiritus und Essenzen 85308

Fleisch- und Wurstwaren Constantin Dittlik 85305

Kolonialwaren / Kurzwaren Frühstücksstube MAX KALETTA 85305

Max Staniczek Bäckerei, Kolonial- u. Manufakturwaren 85304

M. Grigarczyk Kolonial-, Textil- und Schuhwaren 85307

INSERATE in der „Arbeiter-Zeitung“ finden weiteste Verbreitung und haben stets die größten ERFOLGE!

Mittel- und Niederschlesien

Reserviert 84970

Herren-Bekleidung Richard Bernstein, Ring 41 84971

PAUL REICH Fahrräder, Näh- und Schreibmaschinen Martenstraße 2 84969

Herz. Wistler, Rat. Hauptstraße 37. Fleisch- und Wurstwaren 85448

Schhof „Zum Siehring“ empfiehlt seine Lokalitäten 84596

Liebig's Caffee u. Langbiele empfiehlt seine Lokalitäten einer febl. Beachtung 84597

Bäckeri, Konditorei u. Café Oswald Freitag, vorm. Liebig 85013

Schuhhaus Blischke 84978

Walter Hummert, Kirchstraße 12 Brot-, Weiß- und Feinbäckerei 84978

Wäsche - Herren- und Damengarderobe PAUL MARKER - Baderstraße 7 Zeitungsabteilung gebietet 85281

Georg Sauerhier, Kirchstraße 6 Schuhwarengeschäft, Reparaturwerkstatt 84977

Emil Muthbach, Markt 16 Damenhüte, Herrenhüte, Mützen 85005

Oswald Jobel, Gartenstraße 34 Fabrik seiner Fleisch- und Wurstwaren 85904

Richard Herrmann, Oberstraße 23 Fleisch- und Wurstwaren 85003

Sermann Frieze, Gartenstraße 28 Fleisch- und Wurstwaren 85002

Georg Mademacher, Weiß-, Wollwaren, Wäsche, Leinen- u. Baumwollwaren, Lederwaren, Vertiefen, Arbeitshelme, Bindlöcher, gut, reell, billig 85001

Gotthard Einte, Liebaner Straße 38 Kolonial-, Emaillewaren - Tabake 85006

Johann Lindner, Landeshuter Straße 3 Brot-, Weiß- u. Feinbäckerei 84999

Max Herrmann Kolonialwaren - Delikatessen Weine - Spirituosen - Schuhwaren 84431

Walter Schubert Schmidtdorfer Kirchweg 10 Kolonial-, Emaille- und Textilwaren 84440

Frei Schubert :: Fernruf 93 Bau- u. Möbelschleierei Lager fertiger Wohnungseinrichtungen und Einzelmöbel - Ergalager 84439

HEINRICH HERZIG Delikatessen - Kolonialwaren Farben - Lacke - Pinsel Zigarren - Zigaretten - Tabake Sämereien und Futtermittel 84438

Carl Neugebauer Milchhandlung - Molkereiprodukte 84437

Max Bachmann Bäckerei, Konditorei u. Café empfiehlt seine vorzüglichen Erzeugnisse 84436

Landeshuter Straße 10 Bekleidungs-, Wäsche- und Schuhwaren-Haus 84436

M. Lachnit Kolonialwaren - Feinstoff 84660

Frei Friedrich Kolonialwaren - Delikatessen 84651

Kaufhaus Hermann Kranz Größtes u. größtes Spezialgeschäft am Plage 85278

Paul Schwenke Schuhgeschäft - Reparaturwerkstatt 85276

August Bilsch :: Bahnhofstraße 1 Friseurgeschäft 85275

Fahrräder - Nähmaschinen Schreibapparate und Reparaturwerkstatt Alfred Thiem 85272

Reserviert Nr. 100 85200

Mois Weiß, Goldberger Str. 31 Likör- u. Essigfabrik 85258

Kurz-, Weiß- u. Wollwaren, Kristallglas, Strümpfe, Arbeiterbekleidung 85251

Paul Poethke, Richterstraße 16/17 Hüte - Mützen - Pelzwaren 84945

Anton Pilz, Nicolaistraße 28 Möbelenartikel, Hülfenkrühle, Kolonialwaren 84941

Optiker Köhler - Markt 6 Lieferant für alle Krankenkassen 84943

Reserviert

Willy de Beauvais, Zrantenauer Str. 44 Kolonial-, Tabak- und Textilwaren 85016

Franz Paul - Landeshuter Straße 1 Kolonialwaren, Konfitüren 85015

Drucksachen



aller Art, wie Briefbogen, Rechnungen, Preislisten, Prospekte, Kataloge, Programme, Eintrittskarten, Plakate, Flugblätter, Broschüren, Dissertationen, Werke verschiedenster Art, Zeitschriften, Zeitungen Spezialität: Herstellung von Massen-Auflagen werden in unserer leistungsfähigen, neuzeitlich eingerichteten Buchdruckerei in moderner Ausstattung, in Ein- und Mehrfarbendruck, bei niedrigster Preisberechnung hergestellt

„PEUVAG“, Druckereifiliale Breslau 10, Trebnitzer Straße 50 Fernsprech-Anschluss Nr. 28837

Stürmische Kreis-Konferenz der Waldenburger Sozialdemokratie

Debatte über den Bergarbeiterstreik — Lahme Verteidigungsversuche der reformistischen Führer Ihre Heilmittel: „Wählt SPD.“

Man kann getrost behaupten, daß die Unternehmer von der an und für sich geringen Lohn-erhöhung auch nicht im geringsten belästet werden. Ihre Machenschaften sind ja bekannt. Was sie nicht durch die Zuwendungen hereinholen, werden sie durch die Erhöhung der Gehaltsleistungen, durch Kürzung oder Streichung der Leistungszulage oder der Prämien und durch andere Manipulationen wettmachen. Bisher haben sie das noch immer getan. Wir erinnern nur an die vorletzte Lohnregelung, wo man die zugesprochene Lohnenerhöhung direkt ins Gegenteil verkehrte. („Schlesische Bergwacht“ am 28. Oktober 1928.)

Die „Bergwacht“, das Organ der Waldenburger Sozialdemokratie, veröffentlichte am Montag, dem 20. Oktober, einen längeren Bericht über die am Sonntag in Waldenburg stattgefundene Kreis-Konferenz der SPD, die sich mit dem Bergarbeiterstreik beschäftigte. Die Konferenz war außerordentlich stürmisch. Selbst der Bezirksvorstand ließ sich durch Maché vertreten. Die „Bergwacht“ ist gezwungen, zuzugeben, daß der Ausgang des Waldenburger Bergarbeiterstreiks „Verärgerung und Erbitterung ausgelöst hat, die man selber (Es ist höchste Zeit, sozialdemokratische Arbeiter, daß ihr eure Führer nicht bloß zur Rechenschaft zieht, sondern ihnen auch die Gefolgschaft versagt — Red. d. „W.“) auch auf die Partei überträgt“. Der Zweck der Konferenz sollte eine Aussprache sein, mit dem Ziel, „unflarheiten und falsche Auffassungen zu beseitigen über eine angebliche Schuld der Partei“, das heißt die rebellierenden SPD-Arbeiter an der Stange zu halten.

Das Hauptreferat, merkwürdigerweise von nur einer halben Stunde Dauer, hielt Maché. Er wies auf die guten Absichten der sozialdemokratischen Minister und Fraktion hin und bezeugte, „die Eröberung des Staates“ als wichtigste Aufgabe auf gemeinschaftlichem und politischem Gebiet. Der Mißerfolg des Waldenburger Streiks sei nach seiner Ansicht lediglich darauf zurückzuführen, daß „noch nicht genügend Leute aus den Reihen der Sozialdemokratie die Geschicke des Staates leiten“. In Arbeiterdeutsch überlegt bedeuten diese Worte nichts anderes, wie eine Wiederholung der Wahlparole: „Wer keinen Panzerkreuzer will, mache Liste!“ Im übrigen sagte Maché, daß die Waldenburger Grubenbesitzer trotz ihrer relativ ungünstigeren Lage Millionen verdienen. Auch machte er der „Bergarbeiter-Zeitung“ den Vorwurf, sie hätte in einem Artikel die Schuld an dem Mißerfolg des Streiks der Sozialdemokratischen Partei zugeschoben.

Ueber die Aussprache macht die „Bergwacht“ folgende Angaben:

„Zuerst ergreift in der Aussprache Genosse Berger (Ober-Hermendorf) das Wort. Er nimmt Stellung zu den Folgen, die die Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruchs für die Partei hat. Er erklärt, daß für die Volkshauer, die im Gebirge arbeiten, keine Lohn-aufbesserung erzielt wurde. Gleichzeitig bedauert er, daß die Gewerkschaftsführer keine Gelegenheit genommen haben, vorher mit dem Genossen Wissell zu verhandeln. Er findet es hohnvoll, daß für die Unternehmer der Kredit und die Kohlenpreiserhöhung gekommen ist und für die Arbeiter nichts Rennenswertes erreicht wurde. Wenn immer wieder keine Erfolge erzielt werden, dann ist es schade um die Vergeudung der Arbeitskraft der Ministergenossen.

Genosse Taiber (Fellhammer) entwickelt noch einmal die Vorgänge, die zu dem Streik führten, und wirft den Führern vor, daß sie in den Arbeitern den Glauben an eine Lohnenerhöhung von 15 Prozent geweckt hätten. Sie hätten dann aber auch die Pflicht gehabt, sich bei dem Reichsarbeitsminister persönlich für ein zufriedenstellendes Ende des Streiks einzusetzen. Er hat die Führer dann auch in den Versammlungen vermisst, die zur Beendigung des Streiks Stellung nehmen sollten. Draußen in der Bewegung ist es nun als Funktionär sehr schwer, vor den Massen zu bestehen. Er hält einen Wandel in der Führung für dringend notwendig, wenn das Vertrauen nicht schwinden soll. Der Parteivorstand wurde die gute Mitarbeit anerkannt.

Genosse Brode (Ober-Salzbrunn) findet den Ausgang des Streiks unsäglich tragisch. Auch er macht den Gewerkschaftsführern den Vorwurf, daß sie keine Fühlung mit dem Minister genommen haben. Er findet ihr Verhalten etwas zu sehr selbstherrlich. Vor allen Dingen macht er ihnen zum Vorwurf, daß sie sich von dem alten Lied der Unternehmer, die Werke seien unrentabel, haben betören lassen.

Die Werbewoche der Partei sei selbstverständlich unter diesen Umständen sehr erschwert.

Genosse Rüsche (Fellhammer) betont, daß die heutige Aussprache nicht eine reine Kampfansage an die Führer bedeuten solle, sondern daß man vor allem Kritik üben wolle, zu der man nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht habe. Er kann sich nicht denken, daß Genosse Wissell die Schuld an dem Ausgang trage, sondern sieht sie bei den Gewerkschaftsführern, die eine Fühlungnahme mit ihm verümt haben.

Darauf ergriff der NW-Bezirksleiter Hoffmann das Wort. Beachtenswerterweise versuchte dieser auch-Arbeitervertreter nachzuweisen, daß die wirtschaftliche Lage der Waldenburger Grubenbesitzer tatsächlich sehr schlecht sei. Im übrigen behauptete er, daß nicht Wissell, sondern der Reichswirtschaftsminister Curtius an dem Zustandekommen des Hungerstreiks schuld sei. Wörtlich heißt es in der „Bergwacht“:

„Zu den Verhandlungen im Revier übergehend, wies Genosse Hoffmann darauf hin, daß die Geschäftsberichte der Gruben vom Reichswirtschaftsministerium geprüft wurden, und daß dieses eine Unterbilanz der Gruben errechnet hat. Es war nicht möglich, ihnen das Gegenteil zu beweisen. Wenn Genosse Maché das behauptet, dann wäre er ihm dankbar, wenn er ihm mit seinen Unterlagen dienen würde. Er hat bisher trotz seiner wiederholten Besuche aus Dresden kein Material dafür bekommen.“

Hoffmann wäre das Lesen der „Arbeiter-Zeitung“ dringend zu empfehlen. Die „Arbeiter-Zeitung“ hat vor und während des Streiks genaue Angaben über die Millongewinne der Waldenburger Grubenbesitzer gemacht und auch die Quellen des Materials mitgeteilt.

Zu der Frage der Flugblätter, welche zum Streikabbruch aufforderten und bekanntlich noch vor dem Beschluß der Kreis-Konferenz vertrieben wurden, führte Hoffmann aus:

„Die Blätter mußten selbstverständlich rechtzeitig gedruckt werden, schon um zu verhindern, daß die anderen Gewerkschaften mit ihnen zuerst herauskamen. Im Büro der Gewerkschaft sind dann einzelne Flugblätter von Streikenden herausgerissen und ohne Wissen und Willen der Gewerkschaft (ach nee!) verteilt worden.“

Damit hat Hoffmann offen zugegeben, daß die aus Gewerkschafts-angestellten zusammengesetzte Zentralkomitee gegen das Verbandsstatut verstoßen hat, denn über den Abbruch eines Kampfes hat nur die Kreis-Konferenz zu entscheiden.

Der „Bergwacht“-Redakteur Partelt beklagte sich, festzustellen, daß die Redaktion der „Bergwacht“, mit der vorzeitigen Verteilung der Flugblätter nichts zu tun gehabt hat“ und versuchte nachzuweisen, daß die „Bergwacht“, „voll und ganz den Streik unterstützt hätte“. (Zawohl, sie hat ihn unterstützt, — wie der Strick den Gehängten!)

Als dritte Kanone trat der Links-Rechts-Ziele auf, der die Hilfsmittel des Konsums während des Streiks hervorhob und ähnlich wie Hoffmann behauptete, daß an der Niederlage der Waldenburger Bergarbeiter nicht Wissell, sondern Curtius schuld sei.

Nach Ziele sprach ein gewisser Strehmann, über dessen Ausführungen in der „Bergwacht“ merkwürdigerweise keinerlei Angaben gemacht werden. Darauf folgte der übliche Antrag auf Schluß

der Debatte. Im Schlußwort glaubte Maché feststellen zu können, daß „die Angelle gegen die Partei . . . zu Unrecht erhoben waren.“

Wie bereits eingangs erwähnt, ist selbst die „Bergwacht“ in dem ungewissen, schlieferten Verlicht gezwungen, zuzugeben, daß die Stimmung der sozialdemokratischen Funktionäre außerordentlich gereizt und erbittert war. In ihrem Bericht teilt sie mit, daß an der Konferenz 28 Ortsgruppen mit 102 stimmberechtigten Delegierten und eine große Anzahl Gäste, darunter mehrere aus Neurode, teilgenommen haben. Wenn man dieser großen Besucherzahl die vier (!) Diskussionsredner und die langen Ausführungen der Maché, Hoffmann, Ziele, Partelt gegenüberstellt, muß man den Eindruck haben, daß die Konferenz nicht eine Aussprache der Funktionäre war, sondern daß die Konferenz die

Beschwichtigung der empörten Funktionäre durch die Angestellten zur Aufgabe hatte. Wenn in dem „Bergwacht“-Bericht der Versuch gemacht wird, nachzuweisen, als hätten die Funktionäre und Mitglieder noch treu zur Partei, als hätten sie die Ausführungen der Parteifunktionäre von der Richtigkeit der sozialdemokratischen Parteipolitik überzeugt, als würden die Funktionäre nach der Konferenz verstärkt für die Partei und Presse werben, so ist das natürlich ein Schwindel. Es ist schon so, wie Teuber aus Fellhammer sagte: „Draußen in der Bewegung ist es uns als Funktionäre sehr schwer, vor den Massen zu bestehen.“ Gewiß hat Teuber nicht die vorsichtige „Bergwacht“-Formulierung gebraucht. In Wirklichkeit meinte er, daß kein sozialdemokratischer Funktionäre die Politik seiner Führer vor den Arbeitkollegen verteidigen kann.

Der Verlauf der sozialdemokratischen Kreis-Konferenz zeigt mit aller Deutlichkeit, daß die

Situation für einen weiteren Vorstoß der kommunistischen Partei weit günstiger ist, als es selbst die Optimisten in unseren Reihen geschätzt haben.

Diese Situation muß von unseren Waldenburger Genossen sofort und energisch ausgenutzt werden. Auch den Genossen in den anderen Teilen Schlesiens und Oberschlesiens bietet der Verlauf der sozialdemokratischen Kreis-Konferenz in Waldenburg genügend Stoff, um erfolgreich für die kommunistische Partei und Presse zu wirken zu können.

(Infolge Raummangel beschränken wir uns heute auf eine kommentarlose Wiedergabe der Dinge, die sich auf der Kreis-Konferenz abgespielt haben. In einem weiteren Artikel werden wir zu allen auf dieser Konferenz aufgeworfenen Fragen kritische Stellung nehmen.)

Kein Geld für Arbeiterwohnungen aber 1,1 Million Mk. für die Waldenburger Stadthalle

Eine kommunistische Anfrage im Landtag.

Die preußischen Landtagsabgeordneten Schwenz, Rasper, Wolleber und die übrigen Mitglieder der Fraktion der kommunistischen Partei haben folgende kleine Anfrage eingebracht:

„Die Wohnungsnot im Waldenburger Industriegebiet ist besonders groß. Der Magistrat der Stadt Waldenburg trägt sich mit der Absicht, eine Stadthalle zu bauen, die nach dem Voranschlag 1,1 Millionen Mark kostet. Zu dieser Summe hat die preußische Staatsregierung einen Zuschuß von 200 000 Mark bewilligt. Die kommunistische Stadtverordnetenfraktion in Waldenburg hatte die Absicht, zu beantragen, daß die Geldmittel, die für den Bau einer Stadthalle in Aussicht genommen sind, für den Bau von Arbeiterwohnungen verwandt werden. Dieser Bau von Arbeiterwohnungen

ist bedeutend wichtiger, als der einer Stadthalle. Der Oberbürgermeister von Waldenburg, Herr Dr. Wiesner, erklärte nun in Kommissions-Sitzungen, daß, falls die Stadthalle nicht gebaut würde, die Regierung erklärt habe, die 200 000 Mark würden dann nicht bewilligt. Im Namen der Regierung soll diese Erklärung Herr Ministerialdirektor Rathenau dem Oberbürgermeister abgegeben haben. Wenn das zuträfe, so wäre das bei der Lage in Waldenburg eine ausgesprochen arbeitserfeindliche Haltung der Regierungsvertreter.

- Wir fragen das Staatsministerium:
1. Ist es wahr, daß von der preußischen Staatsregierung eine solche Erklärung abgegeben wurde?
 2. Wenn ja, gebeknt die Staatsregierung in dieser arbeitserfeindlichen Einstellung weiter zu beharren?

Aus aller Welt Hufmann aus Mangel an Beweisen freigesprochen!

Im Essen, 30. Oktober. Im Hufmann-Prozess wurde am Dienstag nach 19 Uhr folgendes Urteil verkündet: Der Angeklagte wird auf Kosten der Staatskasse freigesprochen. Es ergeht der Beschluß: Der erlassene Haftbefehl wird aufgehoben.

Ueber die Schlusssitzung berichtet H. u. a.: Der Staatsanwalt führte u. a. aus: Sieben Aktenbände mit ungeheurem Material seien vorhanden. Die Beweisaufnahme habe aber ergeben, daß außerordentlich viele Indizien unbrauchbar seien. Das Rauberschlagen habe sich als harmlos aufgelöst, eine ganze Menge anderer Indizien sei von der Anklage nicht aufrecht erhalten worden.

Der Staatsanwalt ging auf die Veranlagung des Angeklagten ein. Aus der Beweisaufnahme seien drei Punkte hervorzuheben, die auf eine mögliche anormale Richtung in der sexuellen Entwicklung Hufmanns hinwiesen, die Fälle Lehmann, Schöller und Daube. Der Angeklagte bestreite alle drei Fälle; aber es müsse als erwiesen angenommen werden, daß er den Lehmann beim Tanzen mit den Knien in ungebührlicher Weise berührte, ferner, daß Schöller, der nachts plötzlich aus dem Schlafe erwachte, von Hufmann in ungebührlicher Weise berührt worden sei, und daß er Daube in der Nacht vom 4. zum 5. Juli 1926 gleichfalls in unästhetischer Weise berührt habe. Zusammenfassend bemerkte diese drei Fälle, daß die sexuelle Entwicklung den Verdacht auskommen lassen, daß sich eine anormale Richtung in dieser Beziehung zeige.

Von großer Bedeutung sei gewesen, daß der Angeklagte mit dem Ermordeten zuletzt zusammen gewesen sei und zwei Stunden nach der Tat Blut an sich hatte, nur ein Tropfen, aber Blut von der Gruppe des Ermordeten. Wenn man nun bedenke, daß der Angeklagte nach einer auf einem Kommerz verbrachten Nacht und nach einer längeren Wanderung nicht fest geschlafen, sondern ruhelos im Hause umhergegangen und dann ins Studierzimmer getreten sei, um Spuren zu verwischen, dann würde man zu dem Ergebnis kommen, daß er der Täter sei; denn man könnte sonst das Verhalten des Angeklagten gar nicht verstehen. Der Staatsanwalt kam nach zweieinhalbstündigen Ausführungen zu dem Schluß: Wenn man alles dies zusammenfasse, dann bleibe nichts anderes

übrig als zu sagen: der Angeklagte ist der Täter, er ist schuldig.

Sobann beantragte der Erste Staatsanwalt Schneider gegen den Angeklagten acht Jahre Zuchthaus, Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von zehn Jahren unter Anrechnung der erlittenen Untersuchungshaft. Die Anklage wegen Mordes wurde fallen gelassen.

Nach dem Staatsanwaltsantrag wurde in eine lange Pause eingetreten, dann sprach der Verteidiger, Rechtsanwalt Rulcher. Er knüpfte daran an, daß der Staatsanwalt den Hufmann-Prozess als einen Prozeß der Möglichkeiten bezeichnet habe, und ging dann chronologisch alle Vorfälle durch, die sich vom Abiturientenexamen bis zum heutigen Tage ereigneten. Er erklärte, daß in das gegenwärtige Verfahren außerordentlich viel hineingeheimnist worden sei. Sehr viele Zeugen hätten unter Eid anders ausgesagt als in der Voruntersuchung. Unter den Schülern habe nach Feststellung des Blutes an Hufmanns Kleidern und, nachdem die Schuld angeblich erwiesen war, eine Psychose geherrscht, in der sie hinterher alles Mögliche entdeckten, was vorher nicht gewesen ist. Er kam weiter auf die Veranlagung Hufmanns und auf die mögliche Veranlassung zum Mord zu sprechen. Der Angeklagte sei durchaus nicht anormal, könne nach dem Zeugnis der Sachverständigen auch nicht als Homosexueller oder als Sadist angesprochen werden. Schließlich wies der Verteidiger auf die Spuren hin, die auf einen anderen Täter schließen lassen, besonders auf die Spur Ostendorf, und schloß mit den Worten: „Nicht schuldig, Herr Staatsanwalt, sondern unschuldig!“

Nachher begannen die Repliken zwischen Staatsanwalt und Verteidigung. Vor der Urteilsfällung machte sich im Saal eine lebhaftere Erregung bemerkbar, die noch stärker wurde, als sich die Verkündung des Urteils verzögerte. Endlich, gegen 19.45 Uhr, erscheint der Gerichtshof und nimmt zur Urteilsbegründung Platz. Die Begründung kommt zu dem Schluß, daß der Angeklagte wegen Mangels an schlüssigen Beweisen freizusprechen sei.

Hufmann hört das Urteil stehend an und zeigte sich völlig unbewegt. Er wurde nach Schluß der Verhandlung durch seinen Verteidiger sofort den auf ihn einströmenden Neugierigen entzogen. Am Ausgang des Gerichtsgangnisses erwarteten ihn seine Angehörigen.

SOZIALPOLITISCHE RUNDSCHAU

AUS THEORIE UND PRAXIS

Dreifache Quälerei des Strafvollzuges

Aerztliches zum Entwurf eines Strafvollzugsgesetzes

Der „Deutschen Zeitschrift für Wohlfahrts-
pflege“ Nr. 4, 4. Jahrgang, entnehmen wir den
folgenden Aufsatz. Die Zustände beim Straf-
vollzug, die darin zutage treten, sind auch für
uns, besonders im Hinblick darauf, daß eine
bürgerliche Zeitschrift die Dinge so weit zu-
gehen muß, äußerst interessant. Daß die tai-
sächlichen Zustände in Wirklichkeit noch be-
deutend schlimmer sind, bedarf wohl keiner
besonderen Erwähnung.

Wer sich mit entlassenen Strafgefangenen
zu beschäftigen hat, dem wird immer wieder
aufgefallen sein, wie fahl, müde, abgezehrt
diese Menschen zumeist aussehen — sie haben
eine Physiognomie, die man geradezu als das

Unterbringung

Nach Kibkalt sind durch Bundesratsverord-
nung (1897) für die Einzelzelle 22 Kubikmeter
Luft Raum vorgesehen, für gemeinschaftliche
Arbeitsräume 16 Kubikmeter, für gemein-
schaftliche Schlafräume 10 Kubikmeter. Es sei
dazu bemerkt, daß man für Kasernen pro Kopf
und Stunde 30 Kubikmeter Luft bei Tage und
60 Kubikmeter bei Nacht verlangt hat, für
Krankenhäuser 70 bis 100 Kubikmeter. Ab-
gesehen davon, daß diese Zahlen für die
Strafanstalten also niedriger angesetzt sind,
sind sie in der Praxis durchaus nicht überall

Arbeit

In Ihrer Schrift: Die Fürsorge im Strafrecht,
Berlin 1925, schildert M. Sommer eine Reihe
von Arbeiten, die heute noch in Gefängnissen
vorgenommen werden, ohne daß dort die
hygienischen Vorkehrungen, wie sie in ge-
werblichen Betrieben üblich sind, getroffen
werden können. Z. B. Tauschieren, Abmontieren
und Sortieren von Altmaterial, Sortieren von
Lumpen und Altpapier. Indem solche Arbeiten
körperlich und geistig Gebrechlichen zu-
geschoben werden, die zu anderen Verrich-
tungen untauglich sind, werden diese um so
mehr gefährdet. Die Verfasserin erwähnt, daß
ein Berliner Gefängnisdirektor die Schwierig-
keiten dadurch zu mildern sucht, daß er der-
artige Arbeiten im Freien vornehmen läßt.
Unseres Erachtens hat aber der gefangene Ar-
beiter den gleichen Anspruch auf Schutz
seiner Arbeitskraft wie der freie. Die geltenden
Gefängnisordnungen stimmen darin überein,
daß ungesunde Arbeiten in der Anstalt nicht
verrichtet werden dürfen. Aber wie man sieht,
wird eine unter modernen hygienischen Vor-
kehrungen (Exhaustoren, Entsaugungsappa-
raturen) an sich noch nicht ungesunde Tätig-
keit sofort gefährdend, wenn derartige Sicher-
ungsmaßnahmen nicht getroffen werden könn-
en. Der Entwurf bestimmt in § 83, daß die
zum Schutz von Leben und Gesundheit freier
Arbeiter erlassenen Vorschriften auch für die
Einwirkungen der Strafanstalt gelten.

Auch die Frage der Arbeitsfähigkeit ist im
Entwurf nicht genügend geklärt. Die in § 102
vorgesehene ärztliche Untersuchung soll zwar
zur Feststellung seiner Arbeitsfähigkeit dienen,
ob er aber bei der Entlassung über die gleiche
Arbeitsfähigkeit verfügt, soll offenbar nicht
kontrolliert werden. In § 86 wird vermerkt,
daß die Grenzen der regelmäßigen Arbeitszeit
bei Notarbeit und bei landwirtschaftlichen Ar-
beiten überschritten werden dürfen. § 158 be-
stimmt, daß im Zuchthaus die Arbeitszeit nicht
mehr als 10, im Gefängnis nicht mehr als
9 Stunden betragen soll. Für Einschließungs-
(Festungs-) und Haftgefangene ist die Arbeits-
zeit auf 8 Stunden festgesetzt.

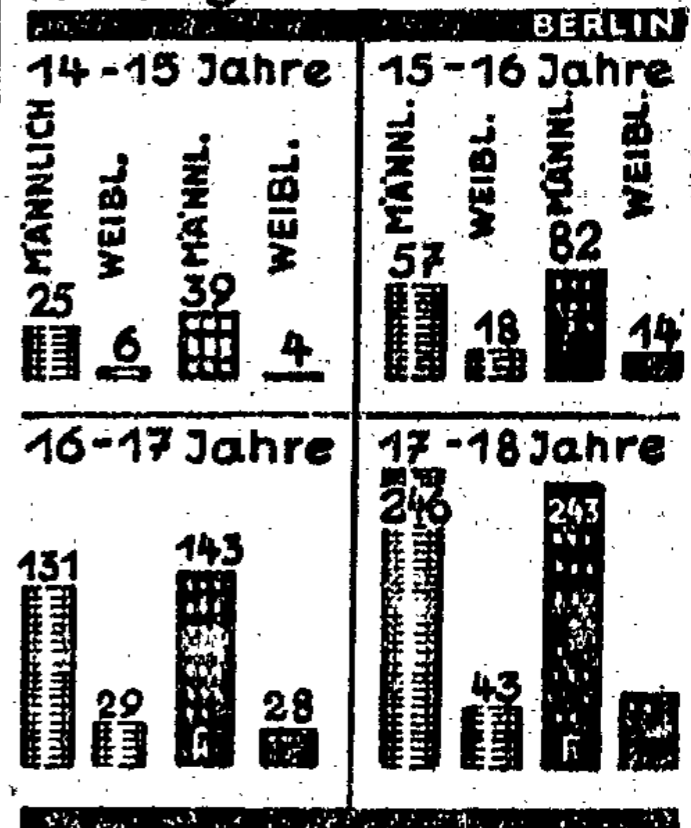
Ernährung

Eine Erscheinung, die fast nur in Gefäng-
nissen zur Beobachtung kommt, ist das so-
genannte Abgessenseln. Es ist dies ein
merkwürdiger Mischzustand von Hunger und
gleichzeitigem Ekel vor der Nahrung; beim
Versuch zu essen kommt es zu Brechen und
Würgbewegungen, das Essen wird ver-
schmäht. Abmagerung, Verelendung sind die
Folgen. Dieser Zustand resultiert aus der Ein-
tönigkeit in der Zusammensetzung der Kost,
wobei auch noch der breiige Zustand der
Speisen von Bedeutung ist. Durch das Käuen
wird normalerweise reflektorisch ein richtiges
Zusammenspiel der Verdauungssäfte angeregt;
kann aber die Nahrung ungekaut geschluckt

werden, so kommt es leicht zu Überempfind-
lichkeit und Magenstörungen. Das Käuen hat
andererseits, wie bekannt, eine konservierende
Wirkung auf die Zähne. Früher wurden den
Sträflingen Zahnbürsten als Luxus fortgenom-
men oder nicht gewährt.

Der Entwurf hebt ausdrücklich hervor, daß
die Anstaltskost so beschaffen sein muß, daß
die Gesundheit und Arbeitskraft der Ge-
fangenen erhalten bleiben. Wo der Gesund-
heitszustand eines Gefangenen eine besondere
Beköstigung verlangt ist es Sache der An-
stalt, sie zu beschaffen. Inwieweit sich Ge-
fangene für das Hausgeld Zusatznahrungsmittel
beschaffen dürfen, ist den Ausführungs-
bestimmungen vorbehalten. Erfreulich ist, daß

Geld- u. Freiheitsstrafen für Jugendliche 1926

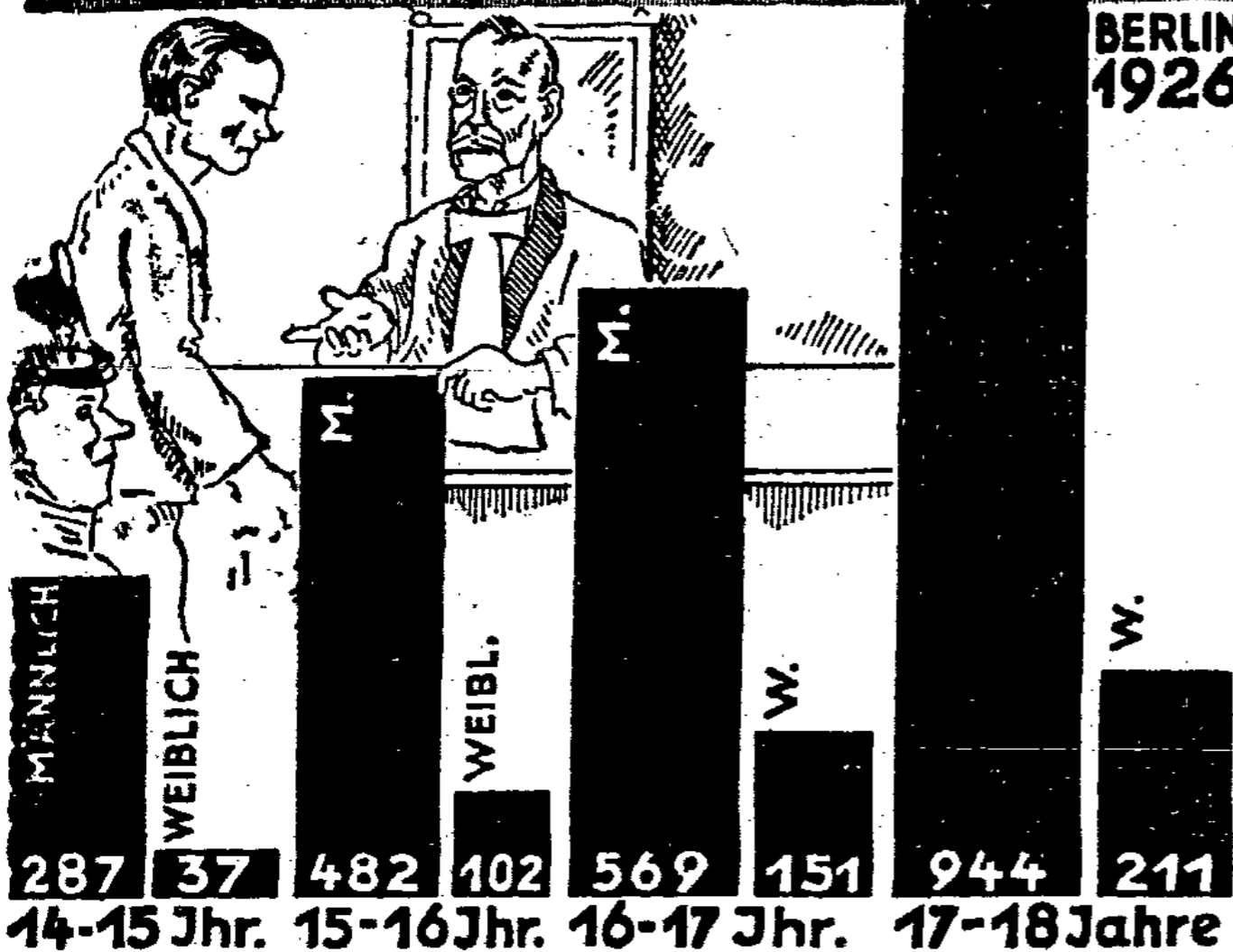


der Entwurf den Genuß geistiger Getränke im
allgemeinen verbieten will, Tabakgenuß bleibt
bis zu einem gewissen Grade gestattet; für
Minderjährige ist er verboten. Andererseits
scheint uns das Zugeständnis an die Ein-
schließungsgefangenen (§ 186), nicht nur Bier
oder Obstmost, sondern auch Wein in jetzt
größerer Rationen zu erhalten, sinnlos.

Besondere Bedeutung erhält die Ernährungs-
frage noch im Hinblick auf die Hausstrafen, zu
denen ja Schmälerung der Kost gehört. Auch
der Entwurf kennt die Beschränkung der Kost
auf Wasser und Brot. Diese Hausstrafen, wie
auch andere, die gesundheitlich schädigende
Folgen haben können, sollen aber erst ver-
hängt werden dürfen, wenn der Anstaltsarzt
zugestimmt hat. Dieser kommt also in die
Lage, seine Genehmigung für eine unhygie-
nische Maßnahme erteilen zu müssen.

Besondere Bedeutung hat dies bei Haus-
strafen gegen oder stillende
Frauen.

GERICHTSVERFAHREN GEGEN JUGENDLICHE



Gefängnisgesicht bezeichnen kann. Von diesem
Eindruck möchte ich ausgehen, um das zu be-
zeichnen, was mir, vom ärztlichen Standpunkt
aus, als das Kernproblem des Strafvollzugs
erscheint. Der Rechtsbrecher war zu einer
Freiheitsstrafe verurteilt. Aber bestraft wurde
er mit mehr. Nicht nur die Freiheit hat er ein-
gebüßt, sondern auch ein Stück seiner Ge-
sundheit. Diese Strafe hat aber kein richter-
liches Urteil, kein Paragraph des Strafgesetzes
über ihn verhängt.

Nicht von Milde oder Strenge ist hier die
Rede, auch nicht, ob die Strafe Sicherung,
Besserung, Vergeltung oder was sonst be-
deuten soll, sondern allein die Tatsache wird
betont, daß Einbuße der Gesundheit als Straf-
ziel rechtlich nicht vorgesehen ist und, wo es
zu dieser Einbuße kommt, Unrecht geschieht.
Dieses Unrecht gilt es zu erkennen und — mit
Hinblick auf das kommende Strafvollzugs-
gesetz — zu verhüten.

Der Staat kann sich nicht länger der Ver-
pflichtung entziehen, auf diejenigen, welche er
zur Strafvollziehung seinen Anstalten über-
weist, die hygienischen Grundsätze anzu-
wenden, zu deren Befolgung er sonst durch
seine Medizinalpolizei und Gewerbeaufsicht
in Schulen, Arbeiterunterbringungsstätten,
Fabrikräumen, Krankenhäusern usw. anfordert
und nötigenfalls zwingt. Er kann nicht für
eine bestimmte Gruppe von Menschen diese
hygienischen Normen außer Kraft setzen, und
wo dies doch geschieht, wird es evident be-
deuten, daß sich hier eine moralisierende
Tendenz eingedrängt und eingenistet hat, die
zum Strafvollzug als solchen gar nicht gehört,
sondern der Rest einer Anschauung ist, die
ihre Moral mit Quälereien oder Nachlässig-
keiten am Menschen befriedigt, die es, ab-
gesehen von der Freiheitsentziehung, auch in
anderen Stücken „nicht gut haben sollen“. Es
ist begrüßenswert, daß die Begründung zum
amtlichen Entwurf des Strafvollzugsgesetzes
vom Jahre 1927 (Entw. StVG 27) die Erhal-
tung und Förderung der körperlichen und
geistigen Gesundheit der Gefangenen als
Pflicht der Vollzugsbehörde hinstellt, der ein
Anspruch der Gefangenen gegenübersteht. In
§ 99 ist sogar zum Ausdruck gebracht, daß es
nicht nur darauf ankommt, die Gesundheit zu
erhalten, sondern auch darauf, sie zu heben,
z. B. durch Beseitigung von Leiden, mit denen
der Gefangene bei der Anstaltsaufnahme be-
haftet ist.

Die Untersuchung der gegenwärtigen und
der für die Zukunft geplanten Sachlage wird
die Hygiene der Gefangenen und die Versorgung
der Kranken zu berücksichtigen haben.
Bei den Gefangenen insbesondere die Unter-
bringung der Einzelzellen, die Arbeit, die
Körperpflege und die Ernährung.

zur Anwendung gekommen. Man hat sich aus
der Verlegenheit zu ziehen gesucht mit dem
Hinweis, daß auf natürlichem und künstlichem
Wege so viel reine Luft zugeführt werden
kann, daß ständige Erneuerung stattfindet. Eine
hygienisch unhaltbare Vorstellung. Hierzu
kommt nun noch erschwerend die vielbreifere
Frage nach der Fortschaffung der Exkremente.
In Preußen haben die meisten Anstalten das
sogenannte Kübelssystem; Kanalisation in den
Zellen gehört zu den Ausnahmen. Die Not-
durft wird in den Zellen verrichtet. Die Kübel
werden einmal, in anderen Anstalten zweimal
täglich geleert. Wer nicht entsprechend der
Leerrungszeiten seine Notdurft befriedigt, muß
die Exkremente in seiner Zelle behalten (auch
an heißen Sommertagen), dabei seine Mahl-
zeiten einnehmen usw. Hierzu liegt eine
Härte, die durch technische Schwierigkeiten
in keiner Weise begründet ist. Wenn das
Herausführen der Gefangenen auf den Hof
möglich ist, warum sollte nicht auch ein Her-
auslassen aus der Zelle (wenigstens zum Stuhl-
gang) durchführbar sein? Auch hier ist viel-
mehr eine unhygienische, ekelhafte und ent-
würdigende Maßnahme ins Vollstreckungs-
system eingefügt oder in ihm belassen, was
schon daraus erhellt, daß zum Teil auch neue
Anstalten ohne Kanalisation gebaut werden. In
einem Aufsatz von Hoffmann, früher diri-
gierender Arzt am Untersuchungsgefängnis
Moabit-Berlin, wollte die Kommission der
deutschen Strafanstaltsbeamten die Wasser-
spülung unter allen Umständen vermeiden
wissen, „aus Rücksicht auf die Disziplin (?)
und auf die hohen Kosten“. — Neuerdings
scheint bezüglich der Anstalts hygiene eine
Wendung insoweit einzutreten, als in Preußen
die schlechtesten Anstalten (z. B. Glückstadt,
Görlitz, Delitzsch) aufgelöst wurden, einige
weitere demnächst aufgegeben werden sollen.

Ein Mißstand, über den aus manchen An-
stalten geklagt wird, ist die zu niedrige An-
bringung der Lagerstätten über dem Fußboden;
vermehrte Einatmung von Staub ist die Folge.
Noch immer schläft etwa die Hälfte aller Ge-
fangenen in Schlafräumen, gegen die sich die
Bedenken aller einsichtigen Vollzugspraktiker
nicht nur aus pädagogischen, sondern auch aus
hygienischen Gründen richten.

Einer näheren Angabe über die Größe (wie
überhaupt über die Gestaltung) der Schlafräume
weicht der Entwurf aus und überläßt diese
wichtige Bestimmung der Ausführungsverord-
nung (§ 101). Wenn die amtliche Begründung
zum Entwurf diese Lücke damit motivieren
will, daß die Anschauungen und Forderungen
der Hygiene wechselnd sind, so dürfte wohl
wie bei Befassung der Schlafräume — der
wahre Grund auf finanziellen Gesichtspunkten

Glossen des Tages

Wenn der Arbeiter „zu alt“ ist

Der Arbeiter wird heute vorzeitig „zu alt“,
und wenn er erst invalide geworden ist, geht
es ihm bei der Invalidenrente samt Sozialrente
sehr schlecht. Die Feststellung dieser Tatsache
ist dankenswerterweise vor 14 Tagen in einer
„Vorwärts“-Nummer zu lesen gewesen. An
sich sollte man glauben, daß nun der „Vor-
wärts“ aus solchen Erkenntnissen die Erkennt-
nis ziehen würde, den verschärften Kampf um
eine Verbesserung dieser elenden Rentsätze
aufzunehmen. Doch hört, in welcher helden-
haften Weise das Organ Herrn Stampfers zum
Kampf ins Horn stößt: „Es ist darum
kein Zufall, daß jetzt alle leistungsfähigen
Organisationen die gewerkschaftliche und
Invalidenunterstützung emfühnen und jeder ver-
nünftig denkende Gewerkschaftsgenosse“ wird
sich damit einverstanden erklären, selbst wenn
er einen höheren Beitrag zahlen muß. Die
KPD, samt ihrer IAH, kann den Arbeitsinvaliden
doch höchstens Phrasen bieten von denen
keiner satt wird.“

Wir müssen schon zusehen, daß die SPD-
Bürokratie entschieden vornehmer ist als die
IAH, die „nur“ die Arbeiter zu einem ver-
schärften Kampf gegen diese Elendsbedingungen
aufruft, die SPD ist wirklich vornehmer. Sie
schenkt den Arbeitsinvaliden gleich auf einmal
fünf Panzerkreuzer.

Demokratie

Verein „Christlich-deutsche Jugenderziehung“
eine Institution, die sich anscheinend des
wärmsten Wohlwollens der Polizeibehörden der
preussischen Koalitionsregierung erfreut, führt
jetzt eine polizeilich genehmigte (K. W. 611)
Sammlung zum Neubau eines Heims für
„Kinderrettung“ in Tezelerort durch. Wem soll
geholfen werden? ... vielfach irregeleiteten
und hilflosen Jugend, bei der frühesten Kindheit
beginnend auf christlicher Grundlage ...
„nicht der Verwahrlosung preisgegeben, nicht
dem Verbrechen anheimfallen ...“ so
wimmelt dieser ganze Anruf von Phrasen, die
scheinbar auf die Tränenrösten des ewig
dummen deutschen Michels berechnete sind
Wer hilft? Herr Pfarrer Haack, l. Vorsitzender
Schwester der Inneren Mission Ely Schütze.

Noch ein Oberpfarrer. Frau Dr. D von Tilling,
M. d. L. br.

Kommentar überflüssig, wenn man darauf
hinweist, daß auf die zahllosen Anträge auf
Genehmigung öffentlicher Sammlungen der IAH,
von seiten der Behörden der demokratischen
Republik in Preußen bisher nur Ablehnungen
gekommen sind.

Drei IAH-Kindertransporte

Die Not und das Elend der meisten Arbeiter-
kinder kann sich jeder vorstellen, der aufmerk-
sam, die letzten Nummern des „Mahnrufs“ ver-
folgt hat, wo eingehend die unzureichende soziale
Fürsorge des kapitalistischen Staates immer
wieder angeprangert und manches Elendsbild
enthüllt wurde. Darum ist die praktische Kinder-
hilfe der Internationalen Arbeiter-Hilfe besonders
zu bewerten, denn sie war es, die einer ganzen
Anzahl von Arbeiterkindern in diesem Sommer
Ferienaufenthalt ermöglichte. So wurden durch
die IAH, Köln in diesem Jahre drei Kinder-
transporte durchgeführt, und zwar nach Thür-
ingen, Württemberg und Westfalen. Die beiden
ersten Transporte sind schon wieder zurück. Der
dritte Transport wird erst w. d. Mitte Sep-
tember in Köln eintreffen. Alle IAH-Ferien-
kinder haben sich, sowohl was Aussehen als
auch Gewichtszunahme anbelangt, gut erholt.
Die Dankbriefe, die der IAH von Eltern und
Kindern geschrieben wurden, beweisen, wie not-
wendig die praktische Kinderhilfe der IAH
ist, die nicht von privaten und konfessionellen
„Wohltätigkeitsgedanken und -gefühlen“ ge-
tragen ist, sondern nur ermöglicht wird durch
die Solidarität des Proletariats selbst für die
eigenen Klassengenossen.

General-Mobilisation!

Wir wollen keine
Panzerkreuzer!

Alle Mann
an Deck

v. 3. - 16. Okt. liegen die Listen aus
Jeder trage sich ein

Revolutionsfeier

Zum Gedenken an die siegreiche russische Revolution findet am Freitag, 9. Nov., im Schießwerder eine Feier statt

U. a. spielen die „Trommler“ eine Revue, die in lebendigen, eindrucksvollen Bildern den Sieg des russ. Proletariats veranschaulicht

Unhaltbare Zustände in städtischen Grundstücken

Bekanntlich besitzt der Magistrat eine Anzahl Mietgrundstücke. Er hat sie vor allem deswegen auf gekauft, um bei irgendwelchen Änderungen in der Straßenführung usw. freie Hand zu haben. Die der Stadt gehörenden Häuser liegen fast ausschließlich im Zentrum und sind größtenteils sehr alte, ungesunde Bauten.

Begen Felddiebstahls zu sechs Jahren Zuchthaus verurteilt

Das Große Schöffengericht verurteilte den 28 Jahre alten Rudolf Polkol wegen schweren Diebstahls in fünf Fällen, verurteilt zum Zuchthaus und einfachen Diebstahls in einem Falle zu sechs Jahren Zuchthaus und Zulässigkeit von Stellung unter Polizeiaufsicht.

Die nächste Stadtverordnetenitzung

findet am Donnerstag, dem 8. November, statt. In dieser Sitzung soll auch die Frage geklärt werden, ob die in der letzten Sitzung bereits als angenommen erklärte Dedungsborlage durch eine vom Magistrat verlangte Gesamtbestimmung nochmals angenommen werden muß.

Die Rettungsfahrt des Eisbrechers „Kraffin“

lautet das Thema einer Versammlung, die vom Komitee der „Freunde Sowjetrußlands“ einberufen, am Donnerstag um 20 Uhr im Saale des „Elben Edwens“, Oberstraße, stattfindet.

Nur noch hinten ein- und aussteigen! Während der Sommermonate war gestattet worden, auch die vordere Plattform der Straßenbahnwagen zum Ein- und Aussteigen an den Haltestellen zu benutzen.

Die Anmeldungen der Schüler(innen) für die Sexten der hiesigen städtischen höheren Lehranstalten und für die sechsten Klassen der städtischen Mittelschulen haben bis spätestens Ende November dieses Jahres zu erfolgen.

Mieder ein Stillschleiersverbrechen an einer Minderjährigen. Der 53 jährige Antscher W., Adalbertstraße 43, wurde festgenommen, da er in dem Grundstück Schwenckelstraße 12 an einem vierzehnjährigen Mädchen unzüchtige Handlungen vorgenommen hatte.

Todessturz auf der Treppe. Der 48 jährige Schlosser Wilhelm W. stürzte in seinem Wohnhause Friedrichstraße 59 bereit unglücklich von der Vordeltreppe, daß er auf der Stelle tot war.

Auch Autos werden geklopft. In der Nacht zum Dienstag wurde auf der Gartenstraße ein Personenkraftwagen, der eine Heilung unbeauftragt von einem Hotel stand, von unbekannten Tätern gestohlen.

Kristallen

„Jugendheim Matthiasplatz.“ Wir eruchen die Genossen, die Artikel überbrachten, nach der Redaktion zu kommen, da ihre Namen unbekannt sind.

Genosse Ammon, der das Degenrat für die städt. Obdachlosenfürsorge übernommen hat, gibt im nachstehenden Artikel in instruktiver Weise Auskunft über den Stand der Obdachlosenfürsorge und die Rechte und Pflichten der Obdachlosen.

Die Obdachlosen- und Wohnungsfürsorge, welche der Stadtgemeinde Breslau als Bezirksfürsorgeverband auf Grund der Verordnung über die Fürsorgepflicht vom 18. 2. 1924 obliegt, wird nach § 1 der Satzung für das Wohlfahrtsamt in Breslau durch das Städt. Wohlfahrtsamt und dessen Organe ausgeübt.

Als vorbeugende Maßnahme wird bei Familien, mit deren Obdachlosigkeit zu rechnen ist, die Fürsorge mit Gewährung von Mietbeihilfen beginnen. Nach Forderung der Zwangsverwaltung der Wohnräume sind die Fälle häufiger, daß Familien gerichtlich erzwungen werden, die von ihnen geforderte Miete nicht aufzubringen können.

Der Aufgabekreis der Obdachlosenfürsorge umschließt also im weitesten Sinne alle Fürsorgemaßnahmen, die, angefangen von der Gewährung der Mietbeihilfen, bis zur endgültigen Unterbringung durch Veräußerung einer Wohnung in Betracht kommen.

Die Prüfung auf Gewährung von Mietbeihilfen erübrigt sich in solchen Fällen, wo Familien, die bei einem Hauptmieter untergebracht sind, wegen Streitigkeiten mit diesem oder aus anderen Gründen zur Räumung der bisherigen Wohnung gezwungen werden.

Der jetzige Zustand in Breslau, daß Familien, meistens mit vielen Kindern, monatelang im Obdachlosenheim wohnen und nächtigen, muß so schnell wie möglich beseitigt werden.

Mittelschlesien

Oblau. Schwere Straßenschüsse. Am Sonntag abend Feueralarm geschlagen wurde, lief ein Reichswehrsoldat mit einem Motorrad zusammen. Dessen Fahrer und der Soziusfahrer stürzten über ihn hinweg.

Strehlen. Aus der Partei. Sonntag, den 4. November, Reichskontrolle. Es ist Pflicht aller Genossen und Genossinnen, daran teilzunehmen.

Versammlungskalender

Parteiveranstaltungen

- Breslau - Stadtteil Zentrum. Freitag 20 Uhr im „Turmhof“, Neue Antonienstraße, außerordentliche Mitgliederversammlung.
- Stadtteil Nordost. Donnerstag 18.30 Uhr Auftreten Bauhülftplatz.
- Stadtteil Süd. Donnerstag 20 Uhr Generalmittelgliederversammlung bei Zanke, Friedrichstraße 41.

Djau. Mittwoch bei Schmidt, Ueber der Ober, Heimaabend. Gäste willkommen.

Jung-Spartakus-Bund Breslau - Süd-Zentrum. Mittwoch 18 Uhr Heimaabend bei Zanke, Friedrichstraße 41.

Rot Frontkämpfer-Bund Breslau - Abt. 1. Mittwoch 20 Uhr Mitgliederversammlung (Wubjony) bei Küster, Uferstraße.

Rot Frontkämpfer-Bund Breslau - Abt. 2. Donnerstag 18.30 Uhr Auftreten, Bauhülftplatz, Propaganda für die Revolutionsfeier.

Rot Frontkämpfer-Bund Breslau - Abt. 3. Mittwoch von 18 bis 20 Uhr familiäre Funktionäre reiflos abrechnen beim Hauptkassierer.

Magazinstraße gänzlich von Familien freizubekommen und diese in städtischen Notwohnungen oder in geeigneten Stadtwohnungen unterzubringen. Solange diese Reform aus Mangel an geeigneten Räumen nicht durchgeführt ist, muß auch der Aufenthalt im Obdach unter Berücksichtigung der sozialen Verhältnisse gestaftet werden.

Bau eines Wohnhofes an der Bergstraße, in dem 120 Wohnräume belegt werden können, wird eine bessere Ausstattung haben als die vorher genannten Wohnbaracken.

Die Einrichtung einer Auskunftsstelle in Wohlfahrtsangelegenheiten und eines kostenlosen Wohnungs- und Schlafstellennachweises im Obdachlosenheim Magazinstraße 1/3 ist geplant.

Zu Breslau muß es trotz aller bestehenden Schwierigkeiten möglich sein, die Fürsorge für Obdachlose besser und zweckentsprechender auszubauen. Große Mittel werden notwendig sein, um das Vorhaben durchzuführen.

Mit dem heutigen Tage eröffnet die Ehepaar, Aktiengesellschaft für Einheitspreis, Zentrale Köln, ihre 59. Filiale in Breslau, Ohlauer Straße 75.

Breslau

- Abt. 3. Mittwoch 20 Uhr Mitgliederversammlung bei Schneider, Adlerstraße.
- Abt. 3. Donnerstag um 19 Uhr Auftreten am Matthiasplatz.
- Abt. 4. Sämtliche Juglasfrierer bis spätestens Dienstag 19 Uhr sämtliches Material beim Abteilungsleiter abrechnen.

Roter Frauen- und Mädchenbund - Mittwoch 19.30 Uhr Gesamt-Funktionärinnenitzung bei Grünlegel (Paul Berger). Oberstraße 12.

Note Jungfront Breslau - Abt. 3. Alle Jungfront-Kameraden beteiligen sich vollständig an der Demonstration der 3. RFB-Abteilung.

Sonstige Organisationen - Sonntags. Rot Hülse. Donnerstag Funktionäritzung bei Genossin Döring, Untermarkt 11/12.

Freiburg. Freireligiöse Gemeinde. Am 9. November findet der erste Moratoriumsunterricht zur Jugendweihe statt.

Mit dem heutigen Tage eröffnet die Ehepaar, Aktiengesellschaft für Einheitspreis, Zentrale Köln, ihre 59. Filiale in Breslau, Ohlauer Straße 75. Die Ehepaar-Geschäfte sind in 20 Abteilungen eingeteilt.

Gewerkschaftshaus - Lichtspiele

Atembeklemmende Spannung bei „Sühne“ Heute Mittwoch um 5 und 8 Uhr gleichzeitig

„Wunder am Amazona“ „Berlin, Walle 505“ Jugend verboten! Uebliche Preise!

Arbeiter-Sportklub Breslau F. V.

Bergmann, denke nach!

Was brachte der Bergarbeiterstreik?

Den Grubenbesitzern: 11 Millionen zinslose Kredite und 6 Millionen jährlich durch die Kohlenpreiserhöhung. Von diesen 17 Millionen wird nur ein verschwindend geringer Teil zur Lohnausbesserung Verwendung finden. Diese Tatsache muß selbst die sozialdemokratische „Bergwacht“ in ihrem Artikel vom 26. Oktober zugeben.

Den Bergarbeitern: 1 1/2 Prozent Zuschlag auf die Tariflöhne, d. h. keinerlei Erhöhung der Gehaltsgeldne, oder deren Erhöhung nur dann, wenn diese durch gesteigerte Leistung erschufte wird. Auch diese Tatsache muß die sozialdemokratische „Bergwacht“ zugeben.

Auf der Kreislonferenz versuchte der D.M.V.-Bezirksleiter Hoffmann den Nachweis zu führen, daß die Grubenbesitzer tatsächlich mit Unterbreit zu arbeiten. Die „Arbeiter-Zeitung“ hat wiederholt einwandfrei nachgewiesen, daß die Reingewinne der Waldenburger Grubenbesitzer im dauernden Steigen begriffen sind und mehrere Millionen betragen.

Hoffmann und Thiele versuchten den empörten sozialdemokratischen Funktionären einzureden, daß nicht der Sozialdemokrat Bissell, sondern der Volksparteiler Curtius an dem Hungerstreik schuld sei. Das ist eine bewusste Lüge, die lediglich den Zweck hat, den „Genossen“ Bissell vor den Angriffen der empörten Arbeiter zu schützen. Der Sozialdemokrat Bissell hatte die Möglichkeit, einen besseren Spruch fällen zu lassen, insbesondere da der Antrag auf den Millionenkredit kurz nach der Evening-Preis bereits entschieden war und die Frage der Kohlenpreiserhöhung ebenfalls nur der formellen Zustimmung des Reichskohlenrates bedurfte. Darüber hinaus hatte das unter sozialdemokratischer Führung stehende Reichskabinett die Möglichkeit, die Millionen statt den Grubenbesitzern den Bergarbeitern direkt durch Vermittlung der Gemeinden zu geben. Die Entschuldigungsversuche der Hoffmann und Thiele hatten keinen Erfolg.

Hoffmann behauptete auf der Kreislonferenz, daß im Falle einer Fortsetzung des Streiks nach der Verbindlichkeitsklärung die Front der Streikenden zusammengebrochen wäre. Diese Äußerung ist eine unerhörte Beleidigung der Waldenburger Bergarbeiter, die nicht mit Worten, sondern mit der Tat durch ihren heldenmütigen, geschlossenen Streik nachgewiesen haben, daß sie beim Vorhandensein einer entschlossenen Führung den Kampf auch länger ausgehalten hätten. Nicht die Bergarbeiter haben kapituliert, sondern die reformistischen Führer haben Angst bekommen.

Selten wurde die Verberlichkeit der reformistischen Niederlagenstrategie den Arbeitern so vor Augen geführt wie in dem Waldenburger Bergarbeiterstreik.

Wasche empfiehlt die

Eroberung des Staates,

das heißt, die Vermehrung der sozialdemokratischen Minister, die Vermehrung der sozialdemokratischen Stimmen als einziges Mittel zur Verbesserung der Lebensbedingungen der Arbeiterklasse. Dieser Weg ist falsch. Er führt von Niederlage zu Niederlage. Vor der Wahl hat die Sozialdemokratie dieselben Versprechungen gemacht und — nichts gehalten, nichts halten können.

Der Kampf der Arbeiterklasse muß nicht die Eroberung des Staates zum Ziele haben, nicht die Bildung von Koalitionsregierungen mit möglichst viel sozialdemokratischen Ministern, sondern die

Übernahme der politischen Macht durch die Arbeiter- und Bauernregierung.

Gleichzeitig muß die Arbeiterklasse verstehen, die Kämpfe um die Verbesserung der Arbeitsbedingungen auf eine breitere Basis zu stellen und sie ohne Rücksicht auf die Interessen der Kapitalisten zu führen.

Wir fordern die überschlaue Hoffmann, Thiele, Hartelt, und wie sie alle heißen, auf, in die öffentlichen Versammlungen der Kommunistischen Partei zu kommen. Wir sichern ihnen eine unbegrenzte Redezeit zu. Dort haben sie Gelegenheit, die Politik ihrer Partei vor dem breiten Forum der Arbeiterschaft zu verteidigen. Ob sie den Mut dazu aufbringen werden?

In den von der kommunistischen Partei veranstalteten Versammlungen sprechen die Genossen Landtagsabgeordneter Abel und Redakteur Biewald. Beide Genossen sind praktische Bergarbeiter. Der Genosse Biewald hat jahrelang auf der Gustavgrube in Rothbach, auf der Viktorgrube in Gottesberg und zuletzt auf der Segen-Gottes-Grube in Altwasser gearbeitet. Die Versammlungen finden statt:

Altwasser: Mittwoch, den 31. Oktober, 19 Uhr im „Weißen Hof“; Referent: Abel.

Gottesberg: Donnerstag, den 1. November, 19 Uhr im „Schützenhaus“; Referent: Biewald.

Aus dem Gemeindeparlament Dittersbach

Ein von den Erwerbslosen eingebrachter Antrag wird bis zur nächsten Sitzung zurückverwiesen, wobei der Amts- und Gemeindevorsteher auf die Ungeklärtheit (!) der Forderung hinweist. Die notwendige Schaffung eines Raumes zwecks Unterbringung der Kinderwagen für die Besucher der Säuglingsfürsorgestelle findet ihre Erledigung, und wird der Kellerraum des Amtsgebäudes zu diesem Zwecke ausgebaut werden. Dem Vorschlag des Vorstandes, die Sodelflächen des Langenfürsorgegebäudes mit Staffit zu belegen, wird stattgegeben. Bei Besichtigung von Lehrzeuichen entwickelt sich eine längere Debatte, in der besonders die Preise moniert wurden (für 18 Tafeln 600 Mark). Der kommunistische Redner beantragte, die zur Anschaffung der Lehrzeuichen erforderlichen Mittel zu bewilligen, die Baukommission soll zunächst aber prüfen, inwieweit billigere Preisangebote zu erhalten sind. Im übrigen empfahl der Genosse Adolf dem Landtagsabgeordneten Lange (Zentrum), gegen die Preisbildung der Kupfs und Kongerne Sturm zu laufen, wie er es hier in der Gemeindevertretung beliebt. Die Verpachtung der Anschlagstafeln und der Anschlagstulen wird bis zur nächsten Sitzung vertagt. Die kommunistische Fraktion lehnt die Verpachtung grundsätzlich ab, während die SPD. mit vollen Ergeln Anschlag in den Kongern empfahl. Punkt 5 der Tagesordnung behandelte die Anerkennung des Gutachteranschlusses für Besoldungsfragen der Kommunalbeamten Niederschlesiens. Er wurde zurückgestellt auf Wunsch der Bürgerlichen und der SPD., weil eine andere Zusammenfassung ge-

wünscht wird. Genosse Rudolf lehnte die Vorlage im Namen der kommunistischen Fraktion ab mit der Begründung: Der Gutachteransschluß trägt den Charakter des Schlichtungswezens. Er würde in seiner Auswirkung Anhebung und Erhöhung der Forderungen der Angestellten und Beamten bedenten, wodurch gerade die Kleinen Angestellten und Beamten betroffen werden. Die Beamtenanwälte sowie die Dauerangestellten unterlagen bisher der Angestelltenversicherung, ohne den Genuß des Ruhegehalts zu erlangen. Durch einstimmigen Beschluß der Gemeindevertretung werden ab 1. Oktober 1928 auch diese Beamten und Angestellten der Ruhegehaltsklasse angeschlossen. Dem Besuch des Gemeindevorsteher Haring auf lebenslängliche Anstellung wurde stattgegeben (gegen die Stimmen der Bürgerlichen und einige Stimmhaltungen der SPD.). Was die kommunistische Fraktion veranlaßte, dem Besuch ausnahmsweise ihre Zustimmung zu geben, hat folgende Gründe: Als Kriegsinvalide mit 50 Prozent Beschädigung besteht bei Haring die Gefahr der Verschlimmerung seiner Leiden, und in diesem Zusammenhang liegt der Abbau sehr nahe; es dürfte ihm schwer fallen, unter diesen Umständen eine neue Lebensstellung zu finden. Nachbewilligungen für einige Titel (insgesamt 1160 Mark) werden einstimmig gewährt. Zehn Kinder aus der Gemeinde Dittersbach sollen im Monat Januar in der Weiskreuzer Waldheilstätte untergebracht werden, die hierfür erforderlichen Mittel werden gewährt. Die ungedeckten Kosten für die durch den Streik in Not geratenen Bergarbeiter werden bewilligt. Durch den Abgeordneten Pflüger wurde ein von den Erwerbslosen eingebrachter Antrag der Versammlung überreicht. Dieser konnte nicht behandelt werden, da durch Beschluß der Mehrheit (einschließlich der Bürgerlichen) derartige Anträge im voraus eingereicht werden müssen.

Dem Spirituskocher zu nahe gekommen ist in der Nacht zu Montag die Ehefrau des Arbeiters Winter in Waldenburg. Sie wollte sich auf dem Spirituskocher etwas wärmen, kam dabei aber mit ihren Kleidern dem Feuer zu nahe und stand bald über und über in Flammen. Sie erlitt am ganzen Körper schwere Verletzungen und mußte unter qualvollen Schmerzen sofort ins Krankenhauslazarett eingeliefert werden, wo sie besorgniserregend daniederliegt.

Niederschlesien

Görlitz

Revolutionsfeier

Freitag, den 2. November, 20 Uhr im Konzerthaus „Die Trommler“, Breslau in ihrer neuesten politischen Revue. Programme zu 50 Pfg. im Vorverkauf in der Buchhandlung, Luntz 6

So handelt das „Wohlfahrts“amt

Auf der Geschäftsstelle unserer Zeitung erschien der Arbeiter B. und legte uns einige Gegenstände vor, die sich nach genauer eingehender Betrachtung als ein Paar Schuhe entpuppten. Das heißt, Schuhe ist in diesem Falle wirklich zuviel gesagt! Diese angeblichen Schuhe sind derart mit düstern besetzt, die noch nicht einmal feststehen, sondern teilweise abgerissen herunterhängen, daß man den Menschen, der sich in diesen Botten die Füße wundlaufen soll, am besten schon vorher zur Krankenkasse schicken müßte, um sich einen Krankenschein zu holen. Das Unglaubliche aber ist, daß unser „Wohlfahrts“amt diesem erwerbslosen Arbeiter für diese „Schuhe“ jage und schreibe 4,50 Mark (vier Mark und 50 Pfennig) abnehmen will. Wir haben zwei Schuhmacher, also Fachleute, nach dem Wert dieser vorjunktlichen Oderfahne befragt, ohne daß dieselben wußten, worum es sich handelt. Beide sagten übereinstimmend aus, daß die Schuhe nicht einmal zwei Mark wert sind, weil sie den Fußhaber bei der Winterzeit mit einem täglichen Fußbad beglücken. Vielleicht hat aber das Wohlfahrtsamt gerade deshalb den Preis so berechnet und dabei gleichzeitig die Gebühren für die unfreiwilligen Fußbäder mit einberechnet.

Damit sich alle Interessenten von der „Güte“ des Gebotenen und von der „Freiwürdigkeit“ überzeugen können, haben wir die Schuhe in unserem Schaufenster, Luntz 6, zur Besichtigung ausgestellt. Diese Reklame wollen wir für unser geschäftstüchtiges Wohlfahrtsamt gern umsonst machen. Wir haben im übrigen die Absicht, diese Schuhe als Dokument für die Großzügigkeit der sozialen Fürsorge in Görlitz zu erwerben und werden sie bei gegebener Gelegenheit dem Hindenburg-Museum überweisen.

Rauscha

Ein Wohnhaus in Rauscha niedergebrannt. Auf der Heiligen-Georg-Strasse, mitten im Walde, brannte das von dem Glaschmelzer Menzel bewohnte, mit Stroh gedeckte Wohnhaus nebst Stall bis auf die Grundmauern nieder. Der Wohnungsinhaber war nicht versichert. Das Feuer ist durch Brandstiftung entstanden.

Löwenberg

Zu einem Steinbruch abgestürzt

Im Wenig-Rodwitzer Steinbruch hatte sich der Arbeiter Franz Kumpf, während er mit dem Abräumen von Gesteinen beschäftigt war, an einem Baum angeleht. Stürzende Gesteinsmassen durchschlugen das Halsteil, so daß Kumpf abstürzte. Er wurde von nachfallenden Gesteinsmassen schwer verletzt.

Sagan

Was macht der Meyer?

Auf diese Frage möchten wir etwas näher eingehen und auch gleich kennzeichnen, um welchen Meyer es sich dabei handelt. Es ist der H. Ed. Meyer beim Hotel „Weißer Löwe“, der eine Buchhandlung als Geschäft innehat und dem auch der Zeitungsdienst gehört. Der bisher beschäftigte Verkäufer Thomas erhielt das fürsichtige

Bei den

Revolutionsfeiern

spielt die Breslauer Arbeiterschau-spielertruppe „DIE TROMMLER“, und zwar: Mittwoch, 31. Oktober, 20 Uhr, in Penzig, „Gasthaus zur Krone“; Donnerstag, 1. November, 20 Uhr, in Niesky, „Deutscher Hof“; Freitag, 2. November, 20 Uhr, in Görlitz, Konzerthaus; Sonnabend, 3. November, 20 Uhr, in Schweidnitz, „Stadt Breslau“; Sonntag, 4. November, 20 Uhr, in Weißstein, „Deutsches Haus“.

Wästelgebort. Dasso! Sonntag, den 11. November, bei der Revolutionsfeier im Hotel „Zur Sonne“ tritt die Arbeiter-Schauspielertruppe „Die Roten Trommler“ in ihrer neuen politischen Revue auf. Eintritt im Vorverkauf 70 Pfennig, an der Kasse 80 Pfennig. Anfang 10 1/2 Uhr. Eintrittskarten im Vorverkauf bei den Funktionären und in der „Sonne“.

— Achtung, Kameraden! Mittwoch, den 31. Oktober, 19,30 Uhr, in der „Sonne“ Generalmitgliederversammlung. Referent: ein Vertreter der Bundesführung. Erscheinen jedes Kameraden ist Pflicht.

— Achtung, Parteigenossen und Genossinnen! Donnerstag, den 1. November, 19,30 Uhr, in der „Sonne“ Mitgliederversammlung. Referent der Bezirksleitung anwesend.

Schweidnitz

Kriegsopfer, Sozialrentner und Arbeitsinvalide. Freitag, den 2. November 1928, 20 Uhr, in der „Stadt Reichenbach“, öffentliche Versammlung. Genossen, sorgt für rege Verbreitung. Einberufer ist der Internationale Bund!

Landeshut

Mühlenbrand. In Johnsdorf, Kreis Landeshut, ist das dreistöckige Gebäude des Mühlenwerkes mit Wohnhaus der Firma Karl Haase und Sohn bis auf die Umfassungsmauern niedergebrannt. Vernichtet wurden bis auf eine Mählmischmaschine sämtliche Maschinen, größere Mengen von Getreide und ein Teil des Mobiliars. Den Feuerwehren gelang es, die Ausbreitung des Feuers auf das angrenzende Sägemühl zu verhüten.

Striegau

Festgenommene Diebesbande. Einen guten Erfolg hatten umfangreiche polizeiliche Ermittlungen in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag. In der letzten Zeit waren hier mehrere Diebstähle zu verzeichnen. Durch die umfangreichen Ermittlungen gelang es, zwei Striegauer Diebstähle so aufzuklären, daß nicht nur die Diebesbande, sondern auch die Waren ermittelt wurden. Das Haupt der Diebesgesellschaft wurde in einem Strohschuber, wo eine große Wohnhöhle gebaut war, verhaftet. Außerdem wurde ein Fahrrad beschlagnahmt, das in Juliusburg bei Strieg gestohlen war.

Gehalt von wöchentlich 10 Mark. Als er Herrn Meyer ersuchte, ihm doch 15 Mark pro Woche zu geben, hatte dieser allerhand Ausreden und sprach von einem angeblichen Fehlbetrag. Herr Meyer nannte zuerst als „Fehlbetrag“ die Summe von 240 Mark, reduzierte diese dann auf 16 Mark (!). Wir kommen auf den Fall, da er wahrscheinlich eine Gerichtsverhandlung zur Folge haben wird, noch zurück.

Sprottau

Auf der Landstraße angefallen. Auf der Kunststraße nach Brimkenau wurde in der Nähe von Petersdorf ein Fußsicher der Sprottauer Obermühle von einem unbekanntem Mann angefallen. Der Angegriffene wehrte sich dadurch, daß er dem Fremden mit einem Hammer eine schwere Verwundung am Mund beibrachte. Der Täter entkam.

Hagnau

Wieder ein tödlicher Sturz am Kirchhofsberge. An derselben Stelle am Kirchhofsberge, an der dieser Tage der Malermeister Schubert durch einen Sturz mit dem Rade tödlich verunglückte, ist jetzt die Ehefrau des Stellenbesizers Wittner aus Lobendau mit dem Rade gestürzt, wobei sie so schwere innere Verletzungen davontrug, daß sie bald nach ihrer Einlieferung ins städtische Krankenhaus starb.

Schadenfeuer. Im Geschäft des Stellenbesizers Krug in Kreisbau brach Feuer aus, das eine große Scheune und ein Wirtschaftsgelände in Asche legte. Mit den Baulichkeiten verbrannten der größte Teil des diesjährigen Erntegutes, die Winterfutturvorräte, Maschinen und Geräte.

Liegnitz

Eine phantastische Summe. Durch die Presse war die Nachricht gegangen, daß der Ehemann der am Landschaftsgebäude auf so tragische Weise ums Leben gekommenen Frau Schnabel gegen die Liegnitzer Elektrizitätswerke eine Schadenersatzklage von 125 000 Mk. eingereicht habe. Dies trifft indessen nicht zu. Da bis jetzt noch keinerlei Entschädigung und auch keine Verdrängungslosten ausgereicht wurden, ist der hinterbliebene Ehemann vielmehr in finanzielle Bedrängnis geraten.

Aus dem Riesengebirge

Wertwürdiger Ausgang eines mit Spannung erwarteten Prozesses

Nach vier tägiger Dauer fand in Hirschberg ein Prozeß ein vorzeitiges Ende, der großes Interesse erweckt hatte. Im Februar begann der Lehrer Karl öffentliche Versammlungen abzuhalten, in denen er heftige Formwörter gegen den Magistrat und besonders das städtische Wohnungsamt erhob. Er behauptete, der Magistrat sei unfähig, müsse beseitigt werden und richtete auch persönliche Angriffe gegen den Oberbürgermeister Dr. Riedel, den Stadtbaurat Laßke, Stadtrat Elger und Stadtrat Dr. Müller. Besonders behauptete er, daß auf dem Hirschberger Wohnungsamt Schiebung, Bestechungen und grobe Mißgriffe vorgekommen seien. In einem Falle hatte er auch den Stadtverordnetenvorsteher Justizrat Dr. Altsch und dessen Schwiegerjohn, Rechtsanwält Merz, der Wohnungsangelegenheit bezichtigt. In den Versammlungen waren ferner der Stadtverordnete Malermeister Preißner, der Gasanstaltsarbeiter Küfer und der Postsekretär a. D. Lange aus Hirschdorf als Redner aufgetreten und hatten gleichfalls Angriffe gegen den Magistrat gerichtet. Gegen Karl und die anderen Redner wurde Strafantrag gestellt. Es wurden über 80 Zeugen vernommen. In der Verhandlung wurde festgestellt, daß ein Angestellter des Wohnungsamtes des öfteren Bestechungsgelder annahm. (Es war nur gut, daß dieser Mann in der Zwischenzeit gestorben ist.) Bevor der Prozeß ordnungsgemäß beendet wurde, kam merkwürdigerweise ein Vergleich zustande, bei dem unseres Erachtens der Magistrat den Angeklagten abermals weit entgegenkam. Der Magistrat verlangte nicht nur, wie das sonst üblich ist, keine sogenante „Buße“, sondern übernahm auch noch die Gerichtskosten, während die Angeklagten nur zu erklären brauchten, nicht die Absicht gehabt zu haben, zu beleidigen. — Wirklich, ein merkwürdiger Ausgang, über den man sich die verschiedensten Gedanken machen kann.

Achtung, Parteimitglieder! Sonnabend 20 Uhr im „Berliner Hof“ in Hirschberg außerordentliche Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Innerparteiliche Lage. Referent: Genosse Wolleweber-Breslau. Jeder Genosse wird verpflichtet, zu erscheinen.